

ARTENSCHUTZ

Nicht gegen die Menschen

PROTESTE

Malawi am Scheideweg?

SCHWARZE DIASPORA

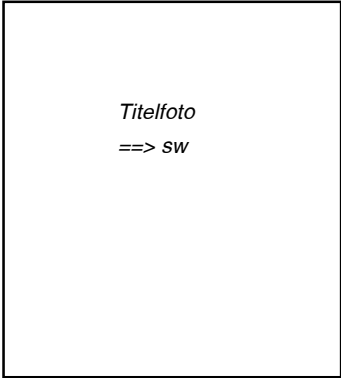
Wien und Angelo Soliman



Inserat Wien Museum

Angelo Soliman-Ausstellung

	3	Artenschutz- Symposium in Wien
		Radikale Tierschützer kämpfen gegen den internationalen Trend, Artenschutz mit ländlicher Entwicklung zu verbinden
Wie reden Elefanten miteinander?	4	
spektrum	10	
Zimbabwe: Ruft SADC Mugabe zur Ordnung?	19	
	15	Malawi: Es reicht
		Angesichts eskalierender Proteste hält Bernhard Bouzek Reformen für unausweichlich. Ob der Staatspräsident dazu bereit ist?
Krise in Swaziland	18	
Südafrikanische Filmindustrie	20	
	22	Angelo Soliman-Ausstellung in Wien
		Philipp Blom über ein neuentdecktes Barockgemälde, das möglicherweise den jungen Soliman zeigt – im Wien Museum zu sehen
Neues Update: Rudolf Pöch	26	



Impressum: **Herausgeber und Medieninhaber (Verleger):** Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1). **e-mail:** office@sadocc.at. **URL:** <http://www.sadocc.at>. **Druck:** RemaPrint (1160 Wien). **Papier:** Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier. **Art Direction:** Sander Design (1060 Wien). **Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:** Philipp Blom, Bernhard Bouzek, Robert Konrad, Adalbert Krims, Xolisa Mabhongo, Mario Maurer, Margot Pechtigam, Brian Raftopoulos, Eva Rauter, Walter Sauer, Angela Stöger-Horwath, Magdalena Waygand. **Fotos:** R. D. Baldus, Lebensministerium, SADOCC, Sammlungen des Fürsten von und zu Liechtenstein (Vaduz-Wien), Walter Stach, Walter Sauer, Wien Museum. **Redaktionsschluß** dieser Ausgabe: 18. September 2011. **Konto:** BA-CA, BLZ 12000, Konto-Nr. 00610 512 006 oder PSK, BLZ 60000, Konto-Nr. 93.009.960. Dem **Beirat** von SADOCC gehören an: Reginald Austin, Harare/London; Peter Jankowitsch, Wien; Peter Katjavivi, Windhoek; Horst Kleinschmidt, Kapstadt; Shula Marks, London; Christian Mährdel, Wien.

Liebe Leserinnen und Leser!

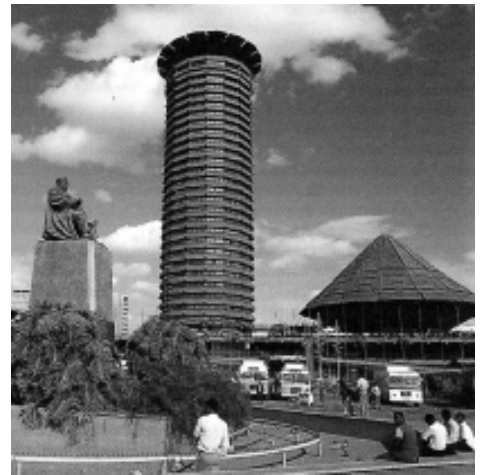
Die Ermordung eines neundzwanzigjährigen Niederösterreichers in Nairobi wirft – abgesehen von der individuellen Tragik – wieder einmal Grundsatzfragen hinsichtlich der derzeit so beliebten *Auslandspraktika* in Entwicklungsländern auf. Natürlich können solche sinnvoll sein, und es geht hier auch nicht darum, Organisationen, die Praktikant/inn/en beschäftigen oder solche vermitteln, pauschal zu diskreditieren (schon gar nicht die Kenya Human Rights Commission, bei welcher der Ermordete drei Monate lang tätig war). Und Kriminalität kann einen sowieso immer treffen. Aber grundsätzlich müssen kritische Rückfragen gestattet sein.

Indaba heißt Neuigkeit oder Gespräch

Zahlreiche (angebliche oder wirkliche?) NGOs werben im Internet um freiwillige Helfer oder bieten sich an, solche an Einrichtungen in Afrika oder anderswo zu vermitteln. Überprüft eigentlich irgendwer deren jeweilige Bonität und wenn ja, nach welchen Kriterien? Nicht selten hört man vorwiegend aus studentischen Kreisen, da gebe es doch z. B. diese beeindruckende Frau in Soweto, die einen Kindergarten gegründet habe und nun auf der Suche nach „Interns“ sei, oder jenes private deutsche Entwicklungsprojekt in Namibia, dessen Website so interessant sei... Daß dann manche bei einer religiös-fundamentalistischen Sekte landen, die den Reisepaß einkassiert, oder in sonstigen rechtsgerichteten oder gar rassistischen Kreisen, darf nicht verwundern.

Und es geht nicht nur um die Einrichtung, bei der Praktikant/inn/en tätig sind. Wie steht es um Unterbringung und Einbindung in die lokale Gesellschaft (in der erwähnten Causa in Nairobi wird von Freunden des Opfers ja eine Komplizenschaft der Gastfamilie mit dem/den Mörder/n behauptet – natürlich gilt die Unschuldsvermutung). Wie sieht es mit Regelungen hinsichtlich Sozial- und Unfallversicherung, Pensionsanspruch usw. aus? Es hat Jahr(zehnt)e gedauert, das alles für die im Rahmen der EZA entsendeten Entwicklungsarbeiter/innen in den Griff zu bekommen. Aber für Leute, die ein Praktikum machen (und sich dieses oft an offiziellen Kanälen vorbei selbst organisieren)?

Natürlich könnten die alle auch ihre Vernunft einschalten und versuchen, sich vorher möglichst umfassend zu informieren (die Austrian Development Agency oder die heimischen Personalentsendeorganisationen sind diesbezüglich unter den ersten Adressen). Aber wäre es vielleicht nicht auch eine gute Idee, eine Art „Praktikumsgütesiegel“ zu entwickeln, das für Praktikumswillige zumindest einigermaßen die Seriösität von Praktikumsplätzen und ihres sozialen und rechtlichen Umfelds signalisiert?



Kenya: Einst Musterland des Westens, heute geprägt von Kriminalität und Korruption

Walter Sauer

Diskussionen eines Symposiums: Artenschutz und ländliche Entwicklung

„Schutz durch Nutzung“ – ein in Österreich stark vertretenes Konzept – gilt momentan als der einzige potentiell erfolgreiche Ansatz, um Artenschutz außerhalb von Schutzgebieten auch in Afrika nachhaltig zu gestalten. Fundamentalistische Tierschützer allerdings protestierten im Verlauf eines hochrangig besetzten Symposiums in Wien gegen das Empowerment der ländlichen Bevölkerung. Robert Konrad hat die erfolgreiche Tagung mitverfolgt.

Im Tech Gate Conference Centre in Wien fand vom 17. bis 20. Mai dieses Jahres ein internationales Fachsymposium mit dem etwas sperrigen Titel „*The relevance of community-based natural resource management (CBNRM) to the conservation and sustainable use of CITES-listed species in exporting countries*“ statt. Das hochkarätige Symposium, das vom österreichischen Lebensministerium und der Europäischen Kommission veranstaltet wurde, ging der Frage nach, ob und wie Artenschutz und Armutsbekämpfung miteinander in Einklang gebracht werden können. Rund 90 Expert/innen aus 24 verschiedenen Ländern analysierten – und das recht kontrovers –, inwieweit Dorfgemeinschaften in Entwicklungsländern vom Artenschutz profitieren und welche Maßnahmen den Schutz der biologischen Vielfalt fördern können. Auch das Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika, das zahlreiche Expertisen zur nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen vorweisen kann und auch im INDABA regelmäßig über die Entwicklungen des Washingtoner Artenschutzabkommens (CITES) berichtet (zuletzt in Heft

66/10), war zu dem Symposium eingeladen worden. SADOCC hat sich gemeinsam mit seinen Partnerorganisationen im Südlichen Afrika stets für eine organische Verbindung von Entwicklungspolitik und Artenschutz ausgesprochen, auch weil es wissenschaftlich bewiesen ist, daß nur so eine nachhaltige ländliche Entwicklung möglich ist.

Wer jedoch die Auseinandersetzungen rund um die *Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora (CITES)* seit deren Gründung im Jahr 1975 verfolgt, ist sich der kontroversen, oft konflikträchtigen, teils populistischen und auch emotionalen Diskussion darüber bewußt. Auch das Wiener Symposium blieb davon nicht verschont, und die Kontroverse erhielt durch das fragwürdige Agieren radikaler Tierschutzlobbies einen neuen Höhepunkt. Hauptsächlich wird von diesen Organisationen der Versuch kritisiert, CITES mit

CBNRM (*Community-based natural resource management*), also mit Schutzprogrammen durch Dorfgemeinschaften, in Verbindung zu bringen.

Die zentrale Aufgabe des CITES-Abkommens, dem Österreich 1982 beigetreten ist, besteht darin sicherzustellen, daß Tierarten durch internationalen Handel nicht gefährdet werden. Weiters wird darauf geachtet, daß der Handel mit auf CITES gelisteten Tierarten legal und nachhaltig vor sich geht, wofür natürlich sowohl ein nationales als auch internationales Maßnahmenpaket erforderlich ist. Die

Dorfgemeinschaft in Tanzania bespricht Artenschutzmaßnahmen



Gültigkeit der jetzigen Strategischen Vision von CITES währt noch bis zur nächsten Konferenz in Bangkok 2013, wo die Weichenstellung für nach 2013 verhandelt werden soll. Kern dieser Konvention sind jedenfalls der Vollzug und die Umsetzung, wie in Ziel 1 der Strategischen Vision festgelegt. Entscheidend dafür ist aber, daß für

**Ohne lokale
Akzeptanz
kein
Artenschutz**

eine erfolgreiche Umsetzung oft die Unterstützung der lokalen Bevölkerung maßgeblich ist. Ohne CBNRM-Projekte können sich viele Länder der südlichen Hemisphäre, wo der größte Teil der Biodiversität zu finden ist, den Artenschutz oft gar nicht leisten.

Wie Dilys Roe vom *International Institute for Environment and Development (IIED)* beim Symposium erläuterte, verbirgt sich hinter dem Konzept von CBNRM das Management natürlicher Ressourcen wie Land, Wälder, Pflanzen, Tiere und Wasser durch kollektive, lokale Institutionen, wodurch – als zentraler Aspekt – die lokale Bevölkerung profitieren soll. Dies schließt die kommerzielle Nutzung natürlicher Ressourcen mit ein, wodurch der lokalen Bevölkerung zusätzlich zur Subsistenznutzung auch ein finanzieller Profit erwachsen soll. Dieser Profit soll als direkter Anreiz dienen, sich sowohl für Naturschutz als auch für Artenschutz zu engagieren.

In der Eröffnungsrede erinnerte Max Abensperg-Traun, im Namen des Lebensministeriums Organisator und Veranstalter des Symposiums, die Teilnehmer/innen an die zahlreichen Deklarationen internationaler Umweltschutz- und Entwicklungsorganisationen, die als Folge der moralischen, aber auch strategischen Erkenntnis zustande gekommen sind, daß ländliche Armut ein wesentliches Hindernis

Kommunikation

Angela Stöger-Horwath, Zoologin an der Universität Wien, berichtete im Jänner 2011 in der SADOCC-Bibliothek über Sozialsystem und Kommunikationsverhalten von Elefanten – und warum es entwicklungspolitisch sinnvoll sein kann, darüber mehr zu wissen (Auszug).

Ich beschäftige mich mit der Kommunikation zwischen Elefanten. Wir versuchen zu erforschen, was sich Elefanten „zu erzählen haben“. Welche Laute verwenden sie? Welche Informationen können sie damit übertragen? Wir haben Tonaufnahmen in Zoos und Parks in Kenya und Südafrika gemacht. Diese Tonaufnahmen wurden anschließend am Computer im Labor analysiert, und wir konnten verblüffende Ergebnisse entdecken.

Intelligente Tiere mit einem komplexen Sozialsystem, wie es die Elefanten sind, haben erwartungsgemäß ein differenziertes Kommunikationssystem. Neben visuellen, chemischen und seismischen Kommunikationsformen beschäftigt sich unser Forschungsteam spezifisch mit den Lauten.

Der häufigste Elefantenlaut ist der sog. *Rumble*. Er wird in vielen Verhaltenssituationen angewendet. Bemerkenswert ist, daß der Großteil der Rumbles in einem Frequenzbereich ausgestoßen wird, den das menschliche Ohr nicht mehr wahrnehmen kann, nämlich unter 20 Hertz, im Infraschallbereich. Das ist die geheime Sprache der Elefanten, von der man immer wieder hört. Sie verwenden sie besonders in der Kommunikation über größere Entfernungen. Die akustischen Parameter zeigen eine individuelle Charakteristik, geschlechtliche sowie Altersunterschiede. Die Kommunikation im Infraschallbereich eignet sich auch deshalb gut für große Distanzen, weil Schallwellen in diesem Bereich von Bäumen oder anderen Hindernissen wenig aufgehalten werden, weil eine riesige Wellenlänge da ist. Man muß sich vorstellen ca. 30 Meter Wellenlänge, d. h. so ein Baum müßte schon sehr groß sein, damit er diesen Schall wirklich aufhält. Die Tiere verständigen sich erwiesenermaßen bis zu vier Kilometer weit auf diese Weise, man schätzt aber, daß die Schallübertragung bei guten klimatischen Bedingungen bis zu zehn Kilometer weit reicht. Über diese Kommunikation koordinieren sie z. B. ein Treffen mehrerer Herden. Forscher hatten beobachtet, daß Elefantenherden sich oft in ein bis zwei Kilometer Entfernung sehr koordiniert bewegen, um dann gleichzeitig an einer Wasserstelle zusammenzutreffen. Des Rätsels Lösung besteht in der Kommunikation mit den Lauten im Infraschallbereich.

der Elefanten

Diese Laute werden aber auch in der Nahkommunikation der Herde verwendet. Elefanten vokalisieren eigentlich immer, um abzuchecken, ob jeder da ist etc. Ebenso, wie sie lernen müssen, mit dem Rüssel vielfältig umzugehen, so lernen sie im Laufe ihres Erwachsenwerdens auch mit den Lauten differenzierter umzugehen.

Gerade beim Elefanten sind Konflikte zwischen Mensch und Tier häufig. Wir bauen gerade in Malawi ein Projekt der Zusammenarbeit auf, mit der *Wildlife Action Group* von Georg Knöbel. Die betreuen die *Sumba Forest Reserve*, an den Hängen des ostafrikanischen Grabenbruchs. Das Gebiet ist nicht sehr erschlossen, es gibt wenig Tourismus, es ist etwa 19.000 Hektar groß. Hier gibt es massive Konfrontationen zwischen Bauern und Elefanten. Es kommt regelmäßig zu tödlichen Unfällen, vor allem auf Seiten der Menschen, und dann gibt es auch ein Wildererproblem.

Wie kann man die Elefanten abwehren?

Was die Menschen schon lange tun, ist, daß sie die Tiere mit Steinen und Speeren, mit Schußwaffen und lauten Stimmen zu verscheuchen suchen. Das ist aber gefährlich, da sich ein Elefant davon auch provoziert fühlen kann. Gerade wenn man ein Tier verletzt, ist es sehr gefährlich, oft attackieren sie dann. In dem erwähnten Projekt wird daher ein Zaun gebaut, was aber auch kein 100%iger Schutz ist, denn selbst elektrische Zäune halten Elefanten nicht langfristig davon ab durchzugehen. Was gut funktioniert, ist der Anbau von Chili in der Umgebung der Felder. Die Kollegen vom Research Center in Malawi haben sich an uns gewendet mit der Frage, ob unsere Forschungen hier nicht helfen könnten, z. B. um frühzeitig zu erkennen, ob Elefanten sich nähern. Die Infraschall-Laute reichen ja über mehrere Kilometer.

Wir sind jetzt dabei, einen Elefantenrufdetektor zu entwickeln, der auf Basis von einem Spracherkennungssystem Elefantenlaute erkennt und entsprechend Alarm schlägt, sodaß die Menschen rechtzeitig vorgewarnt sind und z. B. die Kinder ins Haus bringen oder die Elefanten vertreiben können, bevor sie noch in die Nähe der Felder kommen. Der Detektor ist kostengünstig, 25 Euro. In Sri Lanka gab es schon Vorstudien mit ähnlichen Problemen, dabei hat sich freilich herausgestellt, daß man noch forschen muß, um die anderen Umweltgeräusche entsprechend herauszufiltern. Es ist noch vieles störend, aber wir arbeiten daran. Wenn es funktioniert, könnte man noch mehr damit machen, z.B. ein akustisches Monitoring, damit man einen besseren Überblick über Menge und Bewegung der Elefanten hätte.

für den Schutz der Biodiversität darstellt. Bereits im Jahr 2000 änderte zum Beispiel die *International Union for the Conservation of Nature (IUCN)* ihre Politik dahingehend, daß die nachhaltige Nutzung wild lebender Ressourcen einen entscheidenden Aspekt im Naturschutz darstellen sollte. Aufbauend darauf folgten zahlreiche weitere Deklarationen wichtiger internationaler Organisationen, die sich für die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen durch die lokale Bevölkerung aussprachen.

Elf Jahre danach hingegen werden diese Beschlüsse von radikalen Tierschutzorganisationen nach wie vor als „absurd“ (Tierfreund 06/2011) be-



Intensive Diskussion in den Workshops

zeichnet. Bereits im Vorfeld der Tagung in Wien starteten diese eine intensive Medienkampagne, um das Symposium in einem schlechten (und vor allem falschen) Licht erscheinen zu lassen. Ein Großteil der österreichischen Medienlandschaft fiel auf diese populistische und teils peinliche Kampagne herein beziehungsweise diente als unreflektierte Plattform dieser Organisationen. So lenkte Daniela Freyer von *Pro Wildlife* von Anfang an den Diskurs in eine falsche Richtung: „Diese Veranstaltung hat mit Artenschutz nichts zu tun. Die Konferenz ist darauf angelegt, die

Tierschutz gegen Entwicklung

Großwildjagd und den Tierhandel als Rettung für bedrohte Arten und Armutsbekämpfung zu propagieren“ (*Kronen Zeitung*, 17. Mai 2011). Noch bevor das Symposium überhaupt begann, übten mehrere Tierschutzorganisationen in einer Pressekonferenz lauthals Kritik an der Einladungspolitik des Ministeriums, wonach das Teilnehmerfeld hauptsächlich aus Trophäenjagd- und Wildtierhandel-Lobbyisten bestehen sollte, wie auch der *Standard* berichtete (18. Mai 2001). In der *Wiener Zeitung* (17. Mai 2011) wiederum war zu lesen, daß sich Daniela Freyer (*Pro Wildlife*) und Thomas Pietsch von *Vier Pfoten International* in einer Pressekonferenz beklagten, sie wären nicht eingeladen beziehungsweise eingeladen worden (was genau, darauf konnte man sich anscheinend nicht einigen). Am Tag danach lauschten sie jedoch problemlos als offizielle Teilnehmer/innen des Symposiums dem Vortrag ihres Kollegen und Mitstreiters Peter Püschel vom *International Fund for Animal Welfare (IFAW)*. Doch dies war nur ein Teil der Hetzkampagne radikaler Tierschutzorganisationen¹ gegenüber dem Symposium und speziell auch gegenüber

dem Organisator, Max Abensperg-Traun, der seit 2003 im Ministerium die österreichischen Aktivitäten des Washingtoner Artenschutzabkommens sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene koordiniert (INDABA 55/07).

Mit populistischen Slogans wie „Töten für den Artenschutz?“, „Freigabe der Jagd auf Elefanten“ (*Kurier*, 12. Mai 2011), „EU behindert Kampf gegen Großwildjagd“ (*Kurier*, 18. Mai 2011) und „Artenschutztagung geriet zur Posse“ (*Wiener Zeitung*, 20. Mai 2011) sowie mit teils falschen Unterstellungen lieferten sich österreichische Printmedien und Vertreter/innen der erwähnten Tierschutzorganisationen ein Aufstachelungsduell gegen das Symposium. Selten war über den wirklichen Inhalt der Fachtagung zu lesen.

Das große Feld der verschiedenen Tier- und Naturschutzorganisationen ist ein sehr heterogenes und auch widersprüchliches. Etwa ein Drittel der

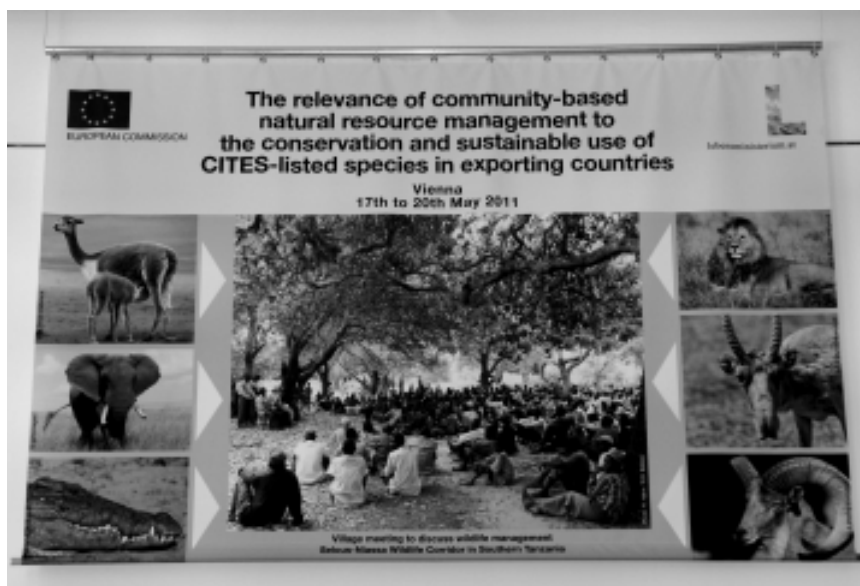
Konferenzteilnehmer/innen waren Vertreter/innen renommierter Naturschutzorganisationen wie des *World*



V.l.n.r.: Die Organisatoren Hugo-Maria Schally (Europäische Kommission) und Max Abensperg-Traun (BMLFUW) mit John Scanlon (CITES)

Wide Fund for Nature (WWF) oder der internationalen Artenschutzorganisation *TRAFFIC*, die den Handel mit gefährdeten Tier- und Pflanzenarten aus der Wildnis überwacht. Diese und zahlreiche weitere Naturschutzorganisationen, die sich für CBNRM einsetzen und die Konferenz unterstützten², werden von den radikalen Tierschutzverbänden jedoch als „Außenseiter“ beziehungsweise als „Verräter“ wahrgenommen. Im Einklang damit wurde im *Kurier* davon geschrieben, daß „nahezu alle einflußreichen Tier- und Artenschutzorganisationen gegen diese, Abart von Artenschutz“ (gemeint ist CBNRM, Anm. d. A.) protestierten“ (12. Mai 2011), und das Lebensministerium wurde als „Ablebensministerium“ diffamiert (Presseaussendung des Wiener Tierschutzvereins, 19. Mai 2011).

In dieser akuten politischen Kontroverse wird der Versuch unternommen, eine seriöse und wissenschaftlich fundierte Auseinandersetzung zu behindern und zu verhindern. Max Abensperg-Traun, mit 40 Jahren Artenschutz Erfahrung auf drei Kontinenten,



vermutete hinter dieser Strategie der radikalen Tierschutzorganisationen die Absicht, ein „Denkverbot“ über die strategische Verknüpfung von Artenschutz und Armutsbekämpfung und über die Bandbreite von nachhaltigen Nutzungsoptionen für eine wahrhaft nachhaltige ländliche Entwicklung zu erzwingen. Ziel solle bleiben, den Entwicklungsländern weiterhin vorzuschreiben, welchem Nutzen sie ihre natürlichen Ressourcen zuführen dürften. Diese politische Position der Tierschutzorganisationen steht nicht nur dem Menschenrecht auf Entwicklung entgegen, sondern ist auch in klarem Widerspruch zu den Zielen der Konvention für Biologische Vielfalt und den Millenniumszielen der UNO zu Armutsbekämpfung und nachhaltiger Entwicklung.

Neben allgemeinen Fachreferaten wurden am Symposium auch Fall-

¹ Unter anderen zählen folgende

Organisationen dazu: *Species Survival Network (SSN, ein internationaler Dachverband)*, *Wiener Tierschutzverein (WTV)*, *Whale and Dolphin Conservation Society (WDCS)*.

² *CITES (Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora)*, *WWF (World Wide Fund for Nature)*, *IUCN / SSC (International Union for the Conservation of Nature / Species Survival Commission)*, *UNEP / WCMC (United Nations Environment Programme / World Conservation Monitoring Centre)*, *UNEP / CMS (United Nations Environment Programme/Convention on Migratory Species)*, *CBD (Convention on Biological Diversity)*, *FAO (Food and Agriculture Organisations)*, *IIED (International Institute for Environment and Development)*, *CIC (International Council for Game and Wildlife Conservation)*, *TRAFFIC (the wildlife trade monitoring network)*.

beispiele aus Namibia, Kenya, Tanzania, Äthiopien und anderen Ländern (und Kontinenten) erörtert. In einem offenen, konstruktiven und breiten Dialog wurden Vorteile des Artenschutzes für Dorfgemeinschaften – zum Beispiel mittels Tourismus – herausgefiltert. Gerade das Südliche Afrika gilt als Geburtsstätte formaler CBNRM-Projekte und kann eine Reihe von Modellen vorweisen, die in sinnvoller Weise Artenschutz mit kontrollierter ökonomischer Nutzung verbinden und dadurch auch Akzeptanz von Seiten der ländlichen Bevölkerung gefunden haben.

70% der globalen Biodiversität liegen außerhalb von Schutzgebieten wie Nationalparks. Erfolgreicher Artenschutz kann daher nur mit den Menschen, vor allem der lokalen Bevölkerung, gemacht werden – und nicht gegen sie. Generell stehen Nationalparks und Reservate durch das steigende Bevölkerungswachstum zunehmend unter existentiellstem Druck, und immer mehr kommt auch den extensiven Gebieten außerhalb von Schutzgebieten eine wachsende Bedeutung im Artenschutz zu.

Die spezifische Ausprägung von CBNRM-Projekten im Südlichen Afrika äußert sich darin, daß die Autorität über natürliche Ressourcen, in diesem regionalen Fall hauptsächlich über Wildtiere und Wälder, vom Staat auf genau definierte Gruppen, die diese Ressourcen auf kommunalem Land nutzen, übertragen wird. Diese Strategie wird in sogenannten *communal conservancies* verkörpert. Beispiele dazu finden sich in den folgenden Fallstudien.

Der Direktor des WWF-Programms in Namibia, Chris Weaver, präsentierte beim Symposium ein erfolgreiches namibisches Konzept, das respekta-

ble Beachtung verdient. Das Ministerium für Umwelt und Tourismus in Windhoek genehmigte 1996 eine visionäre Gesetzgebung, welche die ländliche Bevölkerung, wenn sie sogenannte *communal conservancies* bildet, nach dem Empowerment-Ansatz unterstützen soll. Diese auf Anreiz basierende Gesetzgebung gewährte der ansonsten wirtschaftlich und sozial benachteiligten ländlichen Bevölkerung das Recht, den Wildtierbestand sowohl konsumtiv als auch nichtkonsumtiv zu nutzen.

Seit der Gründung der ersten vier Conservancies 1998 hat sich dieses Konzept so erfolgreich weiterentwickelt, daß es mittlerweile 64 solcher Schutzgebiete gibt, die 17,5% der namibischen Gesamtfläche ausmachen und 12% der Bevölkerung involvieren. Diese auch auf Menschen zen-

Südliches Afrika ist Vorbild



Chris Weaver bei seiner Präsentation

trierte Naturschutzbestrebung ermöglichte einen Paradigmenwandel in der Haltung der Bevölkerung gegenüber Wildtieren. Die früher entweder als Ärgernis oder als Gefahr empfundene oder als Fleischlieferanten (natürlich durch illegale Jagd!) genutzten

Tiere werden jetzt als wertvolle und zu schützende Ressource wahrgenommen, von der die Mitglieder dieser Conservancies profitieren. Wilderei wird als Folge sozial geächtet und ist rückläufig, und gleichzeitig steigen die Wildtierpopulationen in Namibias kom-



V.l.n.r.: Hugo-Maria Schally (EU), Cosima Hufner (BMLFUW), Colman O'Cioldain (WWF International), Katalin Kecse-Nagy (TRAFFIC Ungarn)

munalen Schutzgebieten an. Weaver war sich der oft polarisierten Ideologie der verschiedenen Stakeholders bezüglich der Nutzung von Wildlife bewußt, mahnt als WWF-Direktor die Teilnehmer/innen des Symposiums aber zur Anerkennung der konsumptiven und nichtkonsumptiven Nutzung des Wildtierbestands, vorausgesetzt daß diese Nutzung rechtmäßig geschähe.

„Dies ist notwendig, um durch eine nachhaltige Nutzung die dauerhafte wertschätzende Haltung der Bevölkerung gegenüber dem afrikanischen Wild-

tierbestand zu gewährleisten. Nur dann gibt es eine Möglichkeit auch außerhalb geschlossener Nationalparksysteme im Wettbewerb mit Viehhaltung und Landwirtschaft zu bestehen.“

Ein weiteres Beispiel erfolgreicher nachhaltiger Nutzung der natürlichen

Ressourcen durch die lokale Bevölkerung zeigte Anthony King, Direktor des *Laikipia Wildlife Forum* in Kenya, auf. Naturschutzbestrebungen haben gerade in Kenya eine lange Geschichte, ihre Anfänge liegen über 120 Jahre zurück. Nichtsdestotrotz schlugen die

bisherigen Maßnahmen fehl, und der dramatische Rückgang der Wildtierpopulation ist evident. Im Norden von Kenya jedoch bildeten sich mit Unterstützung von Laikipia ebensolche *Conservancies*. Der Wildtierbestand in dieser Gegend nahm im Gegensatz zum nationalen Trend zu, und diese trockenen und halbtrockenen Gebiete im Norden Kenyas erlangten aus einer Wildlife-Perspektive nationale Wichtigkeit, da hier eine Wiederherstellung und eine Stabilisierung des Wildtierbestands zu beobachten ist.

Da es in Kenya aber keine institutionelle Unterstützung für private oder kommunale Schutzgebiete gibt, sondern nur für große Nationalparks und Reserven, ist der langfristige Erfolg dieses Modells laut King nicht gesichert. Laufende CBNRM-Projekte sind in Kenya fast ausnahmslos auf Spendengelder angewiesen. Das steht in krassem Unterschied zu CBNRM-Projekten im Südlichen Afrika, die von Spendengeldern größtenteils unabhängig sind.

diese Fallbeispiele zeigen, daß indigene und lokale Bevölkerungen die besten Verwalter und Bewahrer der natürlichen Ressourcen, des

traditionellen Wissens und der traditionellen Praktiken für den Schutz und die nachhaltige Nutzung der Biodiversität sind. Wie nachhaltiger Natur- und Artenschutz am besten konzipiert werden kann, ist natürlich nicht nur eine Frage, die außerhalb Europas gestellt wird. So ist zum Beispiel in Österreich das Konzept „Schutz durch Nutzung“ sehr gängig – ohne daß es einen Aufschrei gewisser Tierschutzverbände gibt. Helmut Pechlaner, Präsident des WWF-Österreich, schildert die Situation folgendermaßen: *„Es gibt heute nur noch Schutz durch Nutzung! Wenn wir Tourismus haben, Hotels haben und den Menschen hier die Landschaft zeigen, die Tierwelt, die Pflanzen, dann begeistern sie sich und das ist letztlich auch die Motivation für den Naturschutz, den Artenschutz.“*

Österreich nutzt, wie viele andere Länder, ganz selbstverständlich seine natürlichen Ressourcen. Und eben das möchten Menschen in ärmeren ländlichen Regionen in Afrika (und anderswo) auch tun: Nämlich selbständig in einem CBNRM-Projekt ihre Eigentumsrechte an erneuerbaren natürlichen Ressourcen auszuüben, diese Ressourcen – gegebenenfalls unter kundiger Anleitung – nachhaltig zu bewirtschaften und mit den so gewonnenen Erzeugnissen zu handeln, sie gegebenenfalls zu exportieren und aus dem Erlös als Gemeinschaft zu profitieren.

Solche Projekte und Tätigkeiten bedeuten nicht wie bei uns oft Hobby, Spaß und Zeitvertreib, sondern sie werden zu einer Existenzfrage. Und genau mit dieser Thematik beschäftigte sich das Symposium in Wien.

Dennoch kann sich die Diskussion rund um CBNRM und um die CITES-Listung seit Jahren und Jahrzehnten nicht von den Kontroversen lösen, die in erster Linie von den radikalen Tierschutzorganisationen initiiert werden.

Das ist wohl auch deren Absicht. So deklarierte auch Nicolas Entrup, der Geschäftsführer der *Whale and Dolphin Conservation Society* und Teilnehmer der Konferenz, in einem Interview mit der Wiener Zeitung (20. Mai 2011) seine Erwartungen für die Konferenz: „Ich hoffe nur, daß bei der ganzen Sache nichts rauskommt!“

So bleibt in der Auseinandersetzung das Wesentliche oft im Hintergrund. Die essentiellen Aspekte des Symposiums sind jedoch auch grundlegend für weiterführende Diskussionen: Artenschutz einerseits und die sozioökonomische Entwicklung der meist verarmten ländlichen Bevölkerung andererseits.

Gewisse Tierschutzorganisationen setzen sich ausschließlich für den Artenschutz ein und übernehmen zudem nur für das Wohl der einzelnen Tiere (und nicht für das Überleben der Arten) Verantwortung. Sie argumentieren zwar auch, daß für die ländliche Bevölkerung etwas getan werden muß, schieben diese Verantwortung aber ab: Wer das machen soll, wird nicht erwähnt.

Jene Organisationen und Institutionen, die wohlwollend und engagiert an diesem Fachsymposium in Wien teilgenommen haben, sind jedoch bereit, die Verantwortung sowohl für die Tiere zu übernehmen als auch sich für die Rechte der Menschen einzusetzen. Denn Artenschutz hat auch nur dann eine Chance, wenn eigenständige nationale Entscheidungen der betreffenden Länder respektiert werden.

Wie ein Land die zur Verfügung stehenden Ressourcen nützen will, darf nicht von Tierschutzorganisationen – nach dem Motto: „Wir wissen es besser“ – bestimmt werden beziehungsweise sollten diese Organisationen nicht versuchen, eine Eigen-



Jo Mulongoy

ständigkeit zu verhindern. Ein trauriges Fazit die österreichische Medienlandschaft betreffend liegt darin, daß die Chance verpaßt wurde, eine sachliche und konstruktive Auseinandersetzung zum Thema des Symposiums zu fördern.

Es wäre jedoch auch vermessen zu behaupten, daß CBNRM-Projekte *per se* funktionieren und erfolgversprechend sind. Primäre Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung bleibt ein politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich relativ stabiler Rahmen, innerhalb dessen eine nachhaltige Nutzung in Zusammenarbeit mit einheimischen Bevölkerungen möglich ist. Zu diesem Rahmen gehören auch finanzielle Transparenz und die Nachvollziehbarkeit, daß die finanziellen Erlöse auch wirklich dem Artenschutz und der Infrastrukturentwicklung der betroffenen Bevölkerungsteile zugute kommen.

Das CBNRM-Konzept der kommunalen und partizipativen Bewirtschaftung an sich ist jedoch momentan der einzige potentiell erfolgreiche Ansatz, um in Entwicklungsländern in Zukunft Artenschutz außerhalb von Schutzgebieten nachhaltig zu gestalten, und kann somit als eine bedeutende Ergän-

zung zum CITES-System der globalen Handelsregulierung gesehen werden. Dies steht also im klaren Widerspruch zu den Postulaten der Tierschutzverbände, CITES dürfe nicht mit CBNRM in Verbindung gebracht werden.

Jo Mulongoy, hochrangiger Vertreter der *Convention on Biological Diversity (CBD)* hielt beim Symposium ein Plädoyer dafür, CITES sehr wohl auch mit CBNRM in Verbindung zu bringen, und darüber hinaus alle multilateralen Umweltverträge verschiedenster internationaler Organisationen in diese Richtung zu harmonisieren. Es wäre äußerst wichtig darauf zu achten, daß sich die verschiedenen MEAs nicht widersprechen, sondern sich ergänzen und dadurch Synergien genutzt werden. Das wäre ein weiterer Erfolgsgarant für CBNRM Projekte.

In diesem Sinne war es auch das Ziel des Fachsymposiums, die internationale Zusammenarbeit in dieser heiklen Frage zu fördern und Maßnahmen für einen wirkungsvollen Artenschutz und für Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern aufzuzeigen. Die neuen Erkenntnisse des Symposiums, die in verschiedenen Arbeitsgruppen erarbeitet wurden, sollen in laufende internationale Prozesse eingespeist werden.

Somit bleibt auch aus der Perspektive von SADOCC zu hoffen, daß auf der nächsten CITES-Konferenz 2013 den Schutzprogrammen lokaler Dorfgemeinschaften eine größere Bedeutung zukommen wird.

Impuls für CITES 2013

Robert Konrad ist Spezialist für die entwicklungspolitischen Auswirkungen von Nationalparks im Südlichen Afrika.

... spektrum ...

Kriminalität in Südafrika geht zurück. Die Zahl der Morde in Südafrika ist in den vergangenen Monaten auf den niedrigsten Stand seit Ende des Apartheid-Regimes gesunken. Von April 2010 bis März 2011 seien 15.940 Morde gezählt worden und damit 6,5 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum, teilte das Polizeiministerium mit. In diesen Zeitraum fiel die Fußball-Weltmeisterschaft in Südafrika, die von einem deutlich verstärkten Sicherheitsaufgebot begleitet wurde. Im Zeitraum



Erfolgreiche Polizeibilanz

1995/96, dem ersten Jahr nach den ersten freien Wahlen unter Beteiligung der schwarzen Bevölkerung, waren noch fast 27.000 Morde registriert worden.

„Die fortschreitende Verringerung der Mordzahl zeigt, daß die Regierung mit ihren Bemühungen Erfolg hat“, sagte Polizeiminister Nathi Mthethwa bei einer Pressekonferenz in Pretoria. Allerdings könne er nicht behaupten, „daß wir den Kampf gegen die Vergewaltigung gewinnen“. Die Zahl der Vergewaltigungsfälle ist im Berichtsjahr um 2,1 Prozent auf 56.272 gestiegen. Dazu kann nach Einschätzung der Behörden aber auch beigetragen

haben, daß mehr sexuelle Übergriffe bei der Polizei angezeigt wurden. Die Zahl der Einbrüche ging hingegen um gut zehn Prozent zurück, die der Raubüberfälle um zwölf Prozent. Mit 23,6 Prozent noch stärker gingen die bewaffneten Überfälle auf Autofahrer zurück, allerdings wurden im Berichtsjahr immer noch mehr als 10.000 davon verübt.

Olympia: Keine südafrikanische Bewerbung für Sommerspiele 2020. Südafrika verzichtet auf eine Kandidatur für die Olympischen Sommerspiele 2020. Laut Paena Galane, dem Sprecher von Sportminister Fikile Mbalula, wird aus finanziellen Gründen von einer Bewerbung abgesehen. Als möglicher Schauplatz war zuletzt die Küstenstadt Durban ins Spiel gebracht worden. In den letzten Monaten war die Kontroverse über die Bewerbung Südafrikas eskaliert, nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer verbreiteten Enttäuschung über die geringen wirtschafts- und entwicklungspolitischen Auswirkungen der Fußballweltmeisterschaft 2010 (INDABA 70/11).

ANC-Disziplinarverfahren gegen Julius Malema. Südafrikas „innenpolitische Causa Nr. 1“, das Disziplinarverfahren des regierenden *African National Congress* gegen den Vorsitzenden der ANC-Jugendliga, Julius Malema, entwickelt sich wie das Hornberger Schießen. Die Beratungen der Disziplinarkommission unter Vorsitz des stellvertretenden Ministers für Wissenschaft und Technologie, Derek Hanekom, waren nach der ersten Sitzung auf den 11. September verschoben und an einen unbekanntenen Ort verlegt worden, nachdem Hunderte von Anhängern Malemas am 30. August die ANC-Zentrale in Johannesburg blockiert und Journalisten attackiert hatten, sodaß die Polizei ein-

schreiten mußte. Am 17. 9. abends wurde eine neuerliche Verschiebung auf den 6. Oktober bekanntgegeben.

Eindeutig ausgefallen ist hingegen der Spruch eines Johannesburger Gerichts in der Klage der Organisation *Afriforum* gegen Malema wegen der Propagierung des im März 2010 verbotenen Liedes *Dubula ibhunu* („Tötet die Buren“), das von der *Human Rights Commission* bereits 2003 als „Haßrede“ gebrandmarkt worden war. Nach Ansicht von Malemas Anhängern richtet sich das aus dem Freiheitskampf bekannte Lied gegen niemanden im Besonderen. Es gehöre vielmehr zum historischen Erbe des Kampfes gegen die Apartheid. Richter Colin Lamont sprach dagegen in seiner im Fernsehen live übertragenen Urteilsbegründung von „herabwertenden und menschenverachtenden Worten“. Seit dem Ende der Apartheid 1994 sei „aus dem Feind ein Freund, ein Bruder geworden“. Malema wurde der Verhetzung für schuldig befunden, das Lied darf von ihm und dem ANC insgesamt nicht mehr gesungen werden (die im Umfeld stattfindende Diskussion, das Gericht schränke damit die Meinungsfreiheit ein etc., erinnert stark an die Kampagne gegen das Wiederbetätigungsverbot in Österreich. Nur halt mit umgekehrtem Vorzeichen).

Die Vorwürfe des ANC gegen den 30-jährigen Malema, der vom Disziplinarausschuß bereits im Mai 2010 wegen gravierenden Verstößen gegen die Parteilinie verurteilt worden war (wobei von einer Suspendierung „bewährungshalber“ abgesehen wurde – INDABA 66/10), inkludieren seine heftigen persönlichen Attacken gegen Präsident Jacob Zuma sowie seinen Aufruf zum Sturz der „imperialistischen“ Regierung in Botswana. Gemeinsam mit dem Jugendführer müssen sich noch mehrere andere ANC-Jugendligafunktionäre vor dem Partei-

gericht verantworten. Hintergrund des in Südafrika mit großer Spannung verfolgten parteiinternen Machtkampfs ist der erbitterte Fraktionskampf zwischen einer kleinen, durch Korruption reich gewordenen Funktionärsschicht, die ihre Position durch „anti-weiße“ Rhetorik abzusichern versucht (dieser wird Malema zugerechnet) und den linken Kräften in der Partei, die mehr soziale Umverteilung fordern und sich als Erben der „antirassistischen Tradition“ des ANC verstehen (vgl. den Kleinschmidt-Kommentar in INDABA 70/11). Innenpolitisch findet dies zunehmend auch in Kontroversen über einen Wiederantritt Zumas bei den nächsten Wahlen bzw. bei der nächsten ANC-Parteikonferenz im Dezember 2012 seinen Ausdruck. Kein Wunder, daß das Parteigericht zu keinem Urteil finden kann...

Superwahltag in Zambia. Knapp nach Redaktionsschluß, am 20. September 2011, fanden in Zambia die Präsidentschafts-, Parlaments- und Gemeinderatswahlen statt. Zehn Präsidentschafts- und mehr als 500 Kandidat/inn/en für die Nationalversammlung versuchten im Wahlkampf, die Wählerschaft von ihren Vorstellungen zu überzeugen. Allerdings ließen sich nur 5,2 Mio Menschen – deutlich weniger als Wahlberechtigte – für den Wahlgang registrieren. Hinsichtlich der Präsidentschaft spitzte sich das Rennen auf zwei Kandidaten zu: den 74-jährigen Amtsinhaber Rupiah Banda, den Nachfolger des 2008 im Amt verstorbenen Levy Mwanawasa, und den wesentlich jüngeren Geschäftsmann Michael Sata. Zwei früheren Finanzministern, der 52-jährigen Edith Nawakwi und Ng'andu Peter Magande, werden demgegenüber weniger Chancen zugemessen.

Sata, der Führer der *Patriotic Front*, der größten Oppositionspartei, hat

Ambassador Xolisa Mabhongo:

South Africa to host

17th Convention of the Parties to the United Nations Framework Convention on Climate Change (COP17) from 28 November – 9 December, 2011

South Africa will be rounding off an intense period of multilateral diplomatic activity this year when we host the 17th Convention of the Parties to the *United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC)*, from 28 November to 9 December 2011 in Durban. Even though the venue may be distant to many in Europe, the issues are real, current and right on our doorstep. In many regards, the EU countries have been willing to lead the way with their own commitment to the Kyoto Protocol and internal processes in support of those commitments.

However, it will require sustained commitment to agreed principles, and willingness to compromise and progress if we are to fulfil our duty to current and future generations in Durban.

The President of South Africa, H.E. President Zuma, speaking on 9 September 2011 during COP Ministerial Consultations, highlighted the following key principles and goals in terms of the outcomes of COP17:

- The impact of climate change is already evident globally in the increased frequency and intensity of extreme weather events and a global response is the only effective and sustainable answer;

- Durban's outcome must remain true to the principles of multilateralism, environmental integrity, equity, common but differentiated responsibility and respective capabilities, and honour all international commitments and undertakings. Agreement needs to address the necessary means of implementation – finance, technology and capacity-building – to be equitable.

- In Cancun, a package that included a collective commitment by developed countries to provide new and additional Fast Start Financing through international institutions in the amount of 30 billion US dollars between 2010 and 2012, as well as setting a goal of mobilising jointly 100 billion US dollars by 2020, was agreed.

- There should be progress on the operationalisation of the Cancun Agreements, including the establishment of the key mechanisms and institutional arrangements agreed to;

- Importantly, we cannot avoid addressing the end of the first commitment period of the Kyoto Protocol in 2012, which is inextricably linked to the future and nature of the climate change regime.

In order to address this issue in Durban a wide variety of interests and positions will have to be balanced. It will be important for individuals also within their own communities and organizations to assess how they can contribute in a positive way to ensure that we achieve a balance that will favour positive global outcomes. For further information, the South African Embassy can be reached at viennabilateral@dirco.gov.za.

(full text on SADOCC website: www.sadocc.at)

schon bei den Wahlen 2006 und 2008 kandidiert. Sein Potential liegt in den Städten, wo er vor allem die Armen und Arbeitslosen anzusprechen versucht. Schwerpunkt seiner heurigen Kampagne war die Forderung nach



einer Steuerreform, die „normale Leute“ entlasten und im Gegenzug Bergwerke und ausländische Unternehmen (vielfach aus China) stärker zur Kasse bitten soll. In Verbindung damit forderte er die verstärkte Schaffung von Beschäftigung. Sein Versuch, eine Allianz mehrerer Oppositionsparteien zu formen, stieß allerdings auf keine Gegenliebe, sodaß seine Wahlchancen schwer einzuschätzen sind.

Präsident Banda stützt sich demgegenüber – typisch für seine Partei, das seit der Ablöse des Unabhängigkeitspräsidenten Kenneth Kaunda 1991 regierende *Movement for Multi-party Democracy (MMD)* – auf die ländliche Bevölkerung sowie die Gewinner des neoliberalen Kurses in den Städten.

Regional gesehen – ethnische Gesichtspunkte spielen in Zambia seit dem Ende der Regierungszeit Kaun-

das eine immer größere Rolle – werden die bembasprachigen Provinzen (Northern, Luapula, der städtische Copperbelt und Lusaka-Stadt) eher Sata zugerechnet. Die übrigen Provinzen (Eastern, Central, North Western, der ländliche Copperbelt, Western, Teile von Southern sowie Lusaka-Land) stellen demgegenüber die Hausmacht für die MMD. Allerdings dürfte die jahrelange Vernachlässigung der Western Province, wo es im Jänner zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei gekommen war, der Regierungspartei Stimmen kosten.

Gegen die gesetzlichen Vorschriften, welche die traditionellen Chiefs zur parteipolitischen Neutralität verpflichten, haben sich im Wahlkampf viele von ihnen hinter Amtsinhaber Banda gestellt. Von Menschenrechtsgruppen und den Oppositionsparteien wurde dies naturgemäß kritisiert.

Ehemaliger Armeechef in Zimbabwe bei Brand getötet. Der ehemalige Armeechef Zimbabwes und Führungsmitglied der Regierungspartei ZANU-PF, Solomon Mujuru, ist bei einem Brand in seinem Haus südlich der Hauptstadt Harare ums Leben gekommen. Die Frau des Ex-Generals, Zimbabwes Vizepräsidentin Joice Mujuru, soll nicht in dem Haus gewesen sein. Die Ursache des Feuers sei noch unklar, sagte ein Sprecher der Regierungspartei.

Der 62-jährige Mujuru galt als eine moderate Figur in der Regierungspartei. Ziel seines Parteiflügels war es, seine Ehefrau als Nachfolgerin des 87jährigen Präsidenten Robert Mugabe zu positionieren. Als sein parteiinterner Gegenspieler dabei gilt Verteidigungsminister und Hardliner Emmerson Mnangagwa. Laut Behördenangaben handelte es sich bei dem Tod von Mujuru um einen Unfall, was aber

verschiedentlich in Zweifel gezogen wird. Abgesehen von den parteiinternen Konflikten war Mujuru auch durch seine millionenschwere Beteiligung an Bergbaufirmen (inkl. vermutetem Diamantenschmuggel) sowie wegen der Besetzung der *Alamein Farm* 2001 umstritten, die vom Obersten Gerichtshof für illegal erklärt wurde (ohne daß dies Konsequenzen gehabt hätte).

Der verstorbene Ex-General war in den 1970er Jahren Militärkommandant der ZANLA-Guerillaeinheiten im Kampf gegen Rhodesiens Kolonialregierung (Deckname Rex Mhongo) und spielte eine wichtige Rolle beim politischen Aufstieg von Robert Mugabe innerhalb der ZANU. Nach der Unabhängigkeit im Jahr 1980 wurde Mujuru der erste Armeechef Zimbabwes. Er war bis zu seinem Tod Mitglied im mächtigen Politbüro und im Zentralkomitee der Regierungspartei ZANU-PF.

Schweres Schiffsunglück in Tanzania. Beim Untergang einer völlig überladenen Fähre vor der Küste von Tanzania sind fast 200 Menschen ums Leben gekommen. Mehr als 612 Passagiere des mit mehr als 800 Passagieren besetzten Schiffes konnten lebend gerettet werden, nachdem die Fähre in der Nacht zum 10. September zwischen zwei Inseln des Archipels Zanzibar gesunken war. Mit einer Trauerfeier in Stone Town begann am Tag darauf in Zanzibar eine dreitägige Staatstrauer.

Die meisten Passagiere stammten laut den Behörden aus Zanzibar. Unter ihnen waren zahlreiche Familien, die von ihrem Urlaub zum Ende des Ramadan auf der Hauptinsel Unguja nach Hause auf die rund 80 Kilometer entfernte Insel Pemba zurückkehren wollten. Aussagen der Überlebenden zufolge hatte der Kapitän Warnungen der Passagiere ignoriert.

Zimbabwe und SADC:

Nach dem Treffen von Livingstone

Hatten die Staatschefs der Southern African Development Community (SADC) zunächst eher den zimbabwe'schen Präsidenten Mugabe unterstützt, so scheint nun ein Umdenken stattzufinden – nicht zuletzt wegen der Obstruktion der langjährigen zimbabwe'schen Regierungspartei ZANU PF. Ein Diskussionsbeitrag von Brian Raftopoulos.

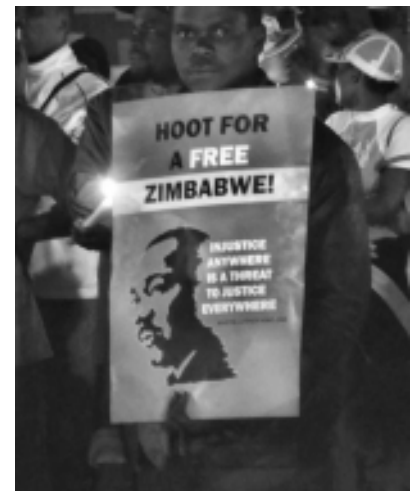
Die Freude über das Ergebnis des Treffens der SADC-Troika in der zambischen Stadt Livingstone Ende März 2011 konzentrierte sich weitgehend auf die stärkere Berücksichtigung der menschenrechtlichen Verbrechen des Regimes Mugabe und speziell auf die Hindernisse, die dasselbe der Umsetzung des *Global Political*

Agreement vom Februar 2009 entgegengesetzt. Darüber hinaus liegt die Bedeutung dieser Konferenz aber darin, daß hier erstmals die volle Stärke der SADC-Mediation ausgespielt wurde, um die primäre Verantwortung von ZANU PF für das Verhalten der Partei auf verschiedenen Ebenen einzufordern, inklusive in der Regierung, im Parlament, beim Reformprozeß der Verfassung usw.

Für autoritäre Parteien wie ZANU PF ist jede Notwendigkeit, vor internationalen Foren Rede und Antwort zu stehen, ein Anathema. Dadurch erweitert sich die Erosion des Machtmonopols, an das sich das Regime seit 1980 gewöhnt hat. Zusammen mit der großen Frage der Nachfolge Mugabes, die sich angesichts seines verschlechterten Gesundheitszustandes stellt, hat diese schrittweise Verringerung der Macht die Partei bewogen, umgehende Neuwahlen zu fordern.

Die Neigung von ZANU PF, wieder zur Gewalttätigkeit Zuflucht zu nehmen, ist klarerweise sehr stark, noch dazu, wo die Kontrolle der Partei und des Staates durch die sog. „Securocraten“ stärker geworden ist. Berichte von Menschenrechtsorganisationen zeigen deutlich, wie sehr das Regime wieder zur Einschüchterungspolitik, wie sie aus den letzten Wahlkämpfen bekannt ist, zurückkehrt. Die Wahlkampagne der ZANU PF konzentriert

sich auf die Themen der Indigenisierung und der internationalen Sanktionen, die im Verständnis der Partei beide eine Drohung gegen die nationale Souveränität darstellen.



Solidaritätskundgebung in Johannesburg

Allerdings: Während diese Botschaft zwischen 2000 und 2008 im Land und in der Region einiges an Zuspruch fand, wird sie nun eher als leer und aufgesetzt empfunden. Das zeigt sich daran, daß das SADC-Treffen in Livingstone das Thema der ZANU PF-Gewalttätigkeit an die erste Stelle seiner Resolution setzte und daß es ein Team ernannte, welches die Umsetzung und Erfüllung des *Global Political Agreements* überprüfen soll – eine direkte Herausforderung für Präsident Mugabes Rhetorik von „nati-

Schnittpunkt Afrika:

ZIMBABWE

Do, 6. Oktober 2011, 16 Uhr

- Kurzvorträge von *Martina Kopf, Walter Sauer, Michael Zach* und *Peter Kuthan*
 - Zimbabwe'sche Literatur, Filme und Buffet
 - Fotos: *Heike Schmidt* und *Clemens Gütl*
 - „*Reflections – Zimbabwe hat die Wahl*“. Fotoausstellung von *ZimRights* in Kooperation mit SADOCC und KASA
- Institut für Afrikawissenschaften**
Uni-Campus, Spitalgasse
2, Hof 5, 1090 Wien

onaler Souveränität“. Und die Erklärungen des Folgetreffens in Sandton am 11. und 12. Juni bestätigten die Entscheidungen von Livingstone noch – wenngleich in einer diplomatischeren Sprache.

Trotz aller Kontinuität zwischen den Vermittlungsbemühungen der südafrikanischen Staatspräsidenten Mbeki und Zuma gibt es einen Unterschied: Während Mbeki den Schwerpunkt auf die Erzielung eines Konsenses zwischen den Konfliktpartnern in Zimbabwe selbst legte, konzentriert sich Zuma mehr auf die Schaffung einer gemeinsamen regionalen Position gegen das störrische Benehmen Mugabes.

So hat Zuma engere Beziehungen zum angolanischen Präsidenten Dos Santos hergestellt, der sich während der Amtszeit Mbekis immer irgendwie marginalisiert fühlte. Auch dadurch scheint es verursacht zu sein, daß sich die politische Balance der Region nunmehr stärker gegen Mugabe zu neigen scheint.

Mugabes Propagandamaschinerie hat natürlich versucht, die Demokratiebewegung in Zimbabwe als Einflußnahme des Westens in die inneren Angelegenheiten des Landes darzustellen. Aber auch diese Behauptung findet immer weniger Zustimmung. Fortschrittlicher Antiimperialismus nach außen hin kann die repressiven Praktiken zu Hause nicht mehr länger kaschieren.

SADC und die demokratischen Kräfte in Zimbabwe sollten sich im Gegenteil darum bemühen, bei der Umsetzung aller Aspekte des Global Political Agreement einen Konsens mit dem Westen herzustellen – wobei die Regionalorganisation bei der Herstellung so eines Konsenses eine Schlüsselrolle spielen könnte.

ZANU PF sollte nicht mehr daran zweifeln können, daß jeder weitere Versuch, die Umsetzung des Abkom-

Schulbeginn in Harare

Louisa ist geistig behindert. Sie ist ruhelos und kann nicht still sitzen. Die kleine, schmale Person, unterernährt und vernachlässigt, hat auf ihrem Kopf mehrere Wunden, die noch nicht verheilt sind. Ihr Ehemann, wenn man ihn so bezeichnen kann, hat sie mißbraucht und hart geschlagen. Wir versuchen, einen Heimplatz irgendwo für sie zu finden, wo sie sich erholen und ihre mentale Ausgeglichenheit wieder finden kann.

Unsere jungen Leute brauchen Arbeit. Wir haben manch Berufsbildendes für sie vorgeschlagen, sodaß sie etwas herstellen und dann verkaufen können – wenn es einen Markt für sie gibt. Aber sie wollen es nicht. Sie wollen Geschäftsleute sein, die Sachen kaufen und verkaufen. Selbst dann freilich würden sie Ausbildung brauchen, wie man ein Geschäft aufbaut, die Buchhaltung und so weiter. Sie sollten eine Kooperative gründen und als Gruppe arbeiten. Das braucht gegenseitiges Vertrauen. Ich hoffe, daß wir sie überzeugen können, daß es Geduld braucht und daß man das Geschäft einmal lernen muß. Sie träumen offensichtlich davon, schnell reich zu werden, egal wie.

Die Schulen haben wieder geöffnet. Die Eltern stehen in langen Schlangen und bitten um Hilfe. Sie haben das Schulgeld nicht für ihre Kinder oder für die Waisen, die sie gemeinsam mit ihren Kindern aufziehen. Heutzutage ziehen viele ihre Nichten oder Neffen gemeinsam mit ihren eigenen Kindern auf, die ihre verstorbenen Brüder oder Schwestern hinterlassen haben.

Mit der Hilfe einiger mitleidiger Menschen können wir für jene, die es wirklich brauchen und deren Kinder wirklich an Ausbildung interessiert sind, die Hälfte des Schulgelds übernehmen. Alles zu übernehmen, geht leider nicht. Freilich gibt es auch Eltern, die sich nicht mehr darum kümmern, wenn einmal die Kirche die Sorge für ihre Kinder übernimmt.

Viele Familien sind in großer Not. Kinder gehen hungrig in die Schule, ohne Frühstück. Sie sind schwach und können sich nicht konzentrieren. Die Lehrer haben es mit ihnen schwer. Dank einigen Helfern können wir ihnen ein kleines Frühstück geben, Mahewu, den Maisbrei. Selbst einige Lehrer helfen uns dabei. Der Unterricht in Mbare ist nicht einfach, nehme ich an, aber ausreichende Ernährung verbessert die Situation.

Heute gibt es viel mehr Stromausfälle als früher. Kein Strom bedeutet, kein Wasser zu haben, weil die elektrischen Pumpen das Wasser nicht aus den Brunnen holen können. Kein Wasser bedeutet, daß 1.500 Kinder die Toiletten nicht spülen können. Ein Desaster!

Ob der Schuldirektor das den Managern des Stromkonzerns klar machen kann?

INDABA-Korrespondent in Mbare, Harare

mens mit Gewalt und Repression zu blockieren, auf die geschlossene Verurteilung der internationalen Gemeinschaft stoßen wird. Ein derartiger Druck wird zu realistischeren Diskussionen

zwischen den Parteien nicht nur über die Wahlen, sondern auch über die Möglichkeit einer Übertragung der Macht führen können.

Die Zivilgesellschaft fordert Gerechtigkeit

Nach den blutigen Protesten gegen die Führung des Landes müssen demokratie- und wirtschaftspolitische Reformen kommen. Von Bernhard Bouzek.

Bei den landesweiten Demonstrationen gegen die wirtschaftliche Misere und insbesondere gegen den immer autokratischer werdenden Regierungsstil von Präsident Bingu wa Mutharika wurden am 20. und 21. Juli 2011 von Polizei- und Militäreinheiten 19 Personen getötet, 46 weitere verletzt und 275 in Haft genommen. Zentren der Auseinandersetzungen waren die Hauptstadt Lilongwe, die Provinzhauptstadt Blantyre im Süden sowie die Provinzhauptstadt des Nordens, Mzuzu. Am Rande der Demonstrationen kam es auch zu Plünderungen. Malawis 77-jähriger Präsident, der erst vor zwei Jahren mit einer satten Mehrheit von 65% zum zweiten Mal im Amt bestätigt worden war, werden Mißwirtschaft, Bereicherung und eine autokratische und kompromißlose Amtsführung vorgeworfen.

Diesmal werde ich euch verfolgen, selbst wenn ihr euch in Löchern versteckt, ich werde euch ausräuchern.“ Mit diesen Worten heizte der malawische Staatschef einen Tag nach den Protesten die Situation noch zusätzlich an. Die Demonstranten seien „vom Satan angeleitet“, so Mutharika. Undule Mwakasungula, der nach Südafrika geflohene Vorsitzende des *Human Rights Consultative Council*, einem Dachverband von Menschen-

rechtsgruppen in Malawi, sprach daraufhin bei einer Pressekonferenz in Johannesburg von einem drohenden „zweiten Zimbabwe“. Er zog Parallelen zwischen dem Führungsstil von Robert Mugabe und Bingu wa Mutharika, dem er vorwarf, die demokratischen Freiheitsrechte eingeschränkt zu haben. Tatsächlich hat der Präsi-

dent seit seinem Amtsantritt politische Rivalen aus dem Amt gejagt und mit Klagen bedacht, die Befugnisse des Präsidenten erweitert sowie das Demonstrati-

onsrecht und die Pressefreiheit eingeschränkt. Die Zivilgesellschaft fordert weiters Aufklärung über die Finanzierung von Mutharikas Landgut *Ndala Farm* in Thyolo und die Rücknahme der Anstellung der First Lady, Callista Mutharika, die mit einem Sondervertrag der Regierung ein Monatsgehalt von mehr als US \$ 6.000 für nicht näher definierte Charity-Aktionen kassiert. Ebenso wird die Streichung der monatlichen Zulage für Parlamentsabgeordnete von 4.800,- Euro gefordert.

Als erste Reaktion auf die Protestwelle entließ Präsident Mutharika eine Woche nach den tragischen Ereignissen alle 42 Minister seines Kabinetts und nahm vorübergehend alle Portfolios selbst wahr. Dieser Schritt wurde von den Medien und Organisa-

tionen der Zivilgesellschaft mit Befürchtungen verknüpft, es handle sich hierbei um die Ausschaltung der gesamten Führungsspitze des Staates, um den Weg für seinen jüngeren Bruder Peter Mutharika frei zu machen. Dazu paßt auch die vorangegangene Entlassung von Vizepräsidentin Joyce Banda, die auch die Vizepräsidentenschaft der Regierungspartei *Democratic Progressive Party (DPP)* innegehabt hatte. Ihr wurde die Schaffung von parteiinternen Parallelstrukturen vorgeworfen, um sich eine solide Ausgangsposition für die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2014 zu sichern. Mehr als 500 DPP-Mitglieder verließen daraufhin unter Protest die Partei. Politische Kommentatoren sahen darin bereits den möglichen Zerfall der Regie-



Bingu wa Mutharika

runbspartei, ist diese doch selbst eine Abspaltung der *United Democratic Front (UDF)*. Die UDF hatte nach dem Ende der Präsidentschaft von Bakili

Muluzi im Jahr 2004 Mutharika als „Wunschfolger“ ins Amt gehoben (INDABA 42/04), doch kam es nach parteiinternen Auseinandersetzungen zur Sezession der neu gegründeten *Democratic Progressive Party (DPP)*.

gemäß der Verfassung darf Bingu wa Mutharika nach zwei Amtsperioden nicht mehr zur Wiederwahl antreten, er strebt aber offensichtlich eine Machtübergabe innerhalb seiner Familie an. Auch bei der Militärführung gab es kurzfristige Umbesetzungen. Der kommandierende General der *Malawi Defence Forces*, Mark Chiziko, wurde auf den neu geschaffenen und wenig einflussreichen Posten des Nationalen Sicherheitsberaters weggelobt und durch Brigadegeneral Henry Odillo ersetzt. Durch die Einsetzung einer neuen loyalen Militärführung will sich Mutharika im Falle neuer Proteste die Befolgung eines Schießbefehls gegen Demonstranten sichern.

Die instabilen politischen Verhältnisse fanden in den vergangenen Monaten auch ihren Niederschlag in der Wirtschaft. Malawis wichtigste Geberländer bei der bilateralen Entwicklungshilfe, Großbritannien und die USA, kürzten ihre Ausgaben massiv. Gleichzeitig kam es im Land vermehrt zu Stromausfällen, Treibstoffmangel und Versorgungsengpässen bei Trinkwasser. An die 40 Prozent des malawischen Staatsbudgets sind von ausländischer Hilfe abhängig.

Ein Kredit über 79,4 Mio. US-Dollar zur Abdeckung des Handelsbilanzdefizits wurde seitens des Internationalen Währungsfonds gestoppt, auch Großbritannien und Deutschland hielten 400 Mio. US-Dollar an Hilfgeldern zurück. Der malawischen Zentralbank blieb daher nichts anderes übrig, als die Landeswährung Kwacha abzuwerten. Ein Umstand, der die Armuts-

spirale noch weiter beschleunigen wird, leben doch im Land fast 40 Prozent der Bevölkerung von weniger als einem Dollar am Tag.

dementsprechend heftig fiel auch die Kritik der internationalen Staatengemeinschaft an Malawis Staatsführung aus. Südafrikas Präsident Jacob Zuma verurteilte die Gewaltanwendung und rief zu einem raschen Dialog auf. Ähnlich äußerte sich der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-Moon, der eine UN-Delegation zur

Aufklärung der blutigen Ereignisse nach Malawi entsandte. Lediglich bei dem im August in Luanda, Angola, stattgefundenen Gipfeltreffen der SADC-Länder konnte man sich zu keiner Stellungnahme durchringen, genauso wenig wie zur gespannten Situation in Zimbabwe oder in Swasiland, Afrikas letzter absoluten Monarchie.

Mit den Protesten gegen die Mißwirtschaft und Korruption gab die malawische Zivilgesellschaft insgesamt ein starkes Lebenszeichen von sich.

Prekäre Versorgung

Popdiva Madonna gescheitert

Nichts im Dorf Chinkhota nahe der malawischen Hauptstadt Lilongwe erinnert noch an den glanzvollen Festakt im April 2010, als US-Star Madonna in dem kleinen Dorf einen Grundstein legte für eine Schule für 500 Mädchen. Von den 15 Mio. US-\$ sind mittlerweile einige verschwunden oder verschleudert, die Träume von einer Schule für das arme Land im Südosten Afrikas sind zerplatzt.

Das Projekt, das von Anfang an umstritten gewesen war (INDABA 62/09), hinterläßt einen Scherbenhaufen. Schon beim Verkauf der Grundstücke war es zu Korruptionsvorwürfen gekommen. Dann wurde die Gemüseproduktion des Dorfes zum großen Teil eingestellt, die Bagger kamen, aber gebaut wurde auf den ruinierten Feldern nichts.

Im Jänner sagte Madonna das Schulprojekt offiziell ab, die acht Angestellten wurden gekündigt (was bis heute gerichtsanhängig ist). Laut *New York Times* hatte Madonna eine Betriebsprüfung veranlaßt. Ergebnis: 2,7 Millionen Euro sind bereits in dem Projekt versickert. Die Untersuchung ergab eine „verblüffende Verantwortungslosigkeit“ beim Management in Malawi und den USA. Madonna hätte besser mit einer bestehenden Organisation zusammenarbeiten sollen, meinen lokale Vertreter.

Viele gegenwärtige Entwicklungen und Auseinandersetzungen erinnern stark an die letzte Phase der drei Jahrzehnte langen Regierung des Präsidenten auf Lebenszeit, Hastings Kamuzu Banda. Die Diktatur wurde schlußendlich im Jahr 1994 durch den demokratischen Druck aus der Gesellschaft überwunden. Kirchliche Gruppen, die Medien, der *Malawi Congress of Trade Unions (MCTU)* und andere NGOs sind seither zu einer treibenden Kraft bei der Verteidigung der Grundfreiheiten und bei der Offenlegung von Korruption geworden.

Menschenrechtsorganisationen und die beiden größten Oppositionsparteien, die *Malawi Congress Party (MDC)* und die *United Democratic Front (UDF)*, gaben Bingu wa Mutharika bis 21. September Zeit, den Dialog mit der Opposition wieder aufzunehmen. Andernfalls würden die Proteste fortgesetzt werden. Auch Ex-Vizepräsidentin Joyce Banda will sich mit der von ihr neu gegründeten *People's Party* an den Protesten beteiligen.

Nichts Erfreuliches zum Staatsfeiertag

Solidaritätsgruppen und Gewerkschaften im Südlichen Afrika und international haben den 6. September, den Unabhängigkeitstag von Swaziland, zum Aktionstag gegen die absolute Herrschaft des Königs proklamiert. Auch der ÖGB unterstützte die Aktion (Red.).

anläufig des Internationalen Aktionstages gegen die Königsdiktatur in Swaziland wendete sich auch der Präsident des *Österreichischen Gewerkschaftsbundes*, Erich Foglar, mit einem Appell an König Mswati III. Die Bevölkerung von Swaziland habe an ihrem Unabhängigkeitstag nicht viel zu feiern, so der ÖGB-Präsident in seinem Schreiben. Politische Morde durch



König Mswati III.

die Sicherheitskräfte, Folter in Polizeigewahrsam und willkürliche Verhaftungen seien an der Tagesordnung. Politische Freiheiten wie das Recht auf freie Meinungsäußerung seien erheblich eingeschränkt, die gewerkschaftlichen Rechte würden mißachtet. Zahlreiche prominente Gewerkschafter/innen befänden sich derzeit aus politischen Gründen in Haft. „*Aus Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen in Swaziland*“, so ÖGB-Präsident Foglar, „*fordert Sie der Österreichische Gewerkschaftsbund auf, den legitimen Forderungen nach einer Verfassungsreform, Mehrparteiendemokratie und voller Respektierung der Gewerkschaftsrechte nachzukommen. Weitere Gewalt und Unterdrückung werden keine Lösung für die anstehenden Probleme des Landes bieten können.*“

in der Tat hat sich die seit Monaten anhaltende politische Krise in dem kleinen Königreich keineswegs entspannt (INDABA 70/11). Im Gegenteil: Nur mit Mühe und mittels eines großen südafrikanischen Kredits (der wiederum von Menschenrechtsgruppen in Südafrika heftig kritisiert wurde) konnte im Sommer der Staatsbankrott abgewendet werden. Politische Reformen, wie sie Opposition und Gewerkschaften fordern, sind dessenungeachtet nicht in Sicht. Willkürliche politische Morde durch die Sicherheitskräfte, weitverbreitete Folter im Gewahrsam der Polizei, Verhaftungen und politische Prozesse sowie Schikanen gegen Menschenrechtsaktivisten sind an der Tagesordnung.

Am 23. Juni, ganze fünf Tage nach dem Ende der *International Labour Conference (ILC)* in Genf, wo er zahlreiche Verletzungen der Konvention über die Gewerkschaftsfreiheit durch die swaziländischen Behörden angeprangert hatte, wurde die Wohnung von Barnes Dlamini, dem Vorsitzenden der *Swaziland Federation of Trade Unions (SFTU)*, durchsucht. Offiziell wurde nach „Sprengstoff und Bomben“ gesucht, tatsächlich beschlagnahmte die Polizei jede Menge an politischer Literatur.

Und das war nur einer von zahlreichen Zwischenfällen dieser Art. Am 24. August 2011 hatten Sicherheitskräfte Student/inn/en, die gegen die Schließung der *University of Swaziland* protestierten, brutal angegriffen; etliche Aktivist/inn/en wurden in entlege-

ne Landesteile verfrachtet, mehrere verhaftet.

Demonstrationen in verschiedenen Städten gegen die von der Regierung geplante Senkung der Gehälter im Öffentlichen Dienst konnte am 28. Juli nur aufgrund eines positiven Gerichtsurteils abgehalten werden und wurde von hunderten Polizisten überwacht. Am 12. April waren Demonstrationen der Demokratie-Bewegung noch mit Tränengas und Schüssen auseinandergetrieben worden, zahlreiche Menschen wurden verhaftet und befinden sich zum Teil noch in Gewahrsam.

So auch viele Aktivist/inn/en, die vor einem Jahr, am 6. September 2010, verhaftet worden waren. Unter ihnen etwa Vincent Ncongwane, Generalsekretär der *Swaziland Federation of Labor (SFL)*, Wandile Dlodlu, Vorsitzender des *Swaziland Youth Congress (SWAYOCO)*, Sikhumbuzo Phakathi, stellvertretender Vorsitzender des (verbotenen) *People's United Democratic Movement (PUDEMO)*, die Generalsekretärin der *Swaziland National Association of Nurses (SNA)*, Sibusiso Lushaba, oder Musa Hlophe, die Sprecherin der *Swaziland Coalition of Concerned Civic Organisations (SCCCO)*.

Solidaritätsgruppen und Gewerkschaften im Südlichen Afrika und zunehmend auch international treten daher für die längst überfällige Demokratisierung der letzten absoluten Monarchie Afrikas ein. Weitere Infos: www.swazimedia.blogspot.com.

Kinderarmut in Südafrika

Von Adalbert Krims



Südafrika ist ein kinderreiches Land – 40 Prozent der Bevölkerung sind unter 18 Jahre alt. Zugleich gehört die Kinderarmut aber zu den gravierendsten sozialen Problemen: Rund zwei Drittel der Kinder gelten als arm, d. h. sie verfügen über weniger als 1 US-Dollar pro Tag, im Bevölkerungsdurchschnitt sind es rund die Hälfte (genau 52 %, bei den Erwachsenen 45 %).

Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) hat in zwei jüngst erschienenen Studien über Kinderarmut in Südafrika („The Impact of the International Financial Crisis on Child Poverty in South Africa“ und „Vulnerability of Children and Poor Families to the Economic Recession of 2008 – 2009“) festgestellt, daß die Armut im allgemeinen und die Kinderarmut im besonderen in Südafrika höher ist, als man dies auf Grund der Höhe des Prokopfeinkommens erwarten würde. UNICEF führt das auf den hohen Grad der Ungleichheit zurück, der seine Wurzeln in der Apartheidpolitik der Vergangenheit hat.

Aber trotz der erschreckenden Zahlen meint das Kinderhilfswerk, daß sich die Lebensbedingungen der nicht-weißen Familien in Südafrika nach dem Ende der Apartheid verbessert haben. Die Regierung wende mehr für soziale Zwecke auf als jemals zuvor, so sind z. B. Grundschulen offiziell kostenlos, und arme Familien haben Anspruch auf finanzielle Unterstützung. Allerdings werden damit die Ärmsten der Armen oft nicht erreicht. Fast 2 Millionen der rund 12 Millionen armen Kinder erhalten deshalb keinerlei Unterstützung, weil die Eltern entweder ihre Ansprüche nicht kennen oder keine richtigen Dokumente besitzen oder weil sie nicht das Geld haben, um sich die Fahrt zu den zuständigen Ämtern leisten zu können.

Die UNICEF-Studien beschäftigen sich vor allem mit den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 auf die Kinderarmut in Südafrika. Durch die Krise erlitt die südafrikanische Wirtschaft ihre erste Rezession seit 17 Jahren, und innerhalb eines Jahres gingen fast 1 Million Arbeitsplätze verloren, wovon 4,8 Millionen Menschen direkt oder indirekt betroffen waren. Nach Expertenberechnungen

hätte dies zu einem Anstieg der Kinderarmut um mindestens 11 Prozent führen müssen. Durch das System der staatlichen Kinderbeihilfen ist es jedoch gelungen, die Zunahme der Kinderarmut auf 2 % (von 63 auf 65 %) zu begrenzen, obwohl auch in Südafrika die Krise die armen Bevölkerungsschichten überproportional getroffen hat. Die Berichte stellen fest, daß die Existenz eines gut funktionierenden sozialen Schutzsystems vor der Krise sehr wichtig für den Schutz der Armen während der Krise war. Andernfalls wären die Folgen „desaströs“ gewesen. Insgesamt erhielten 10,3 Millionen Kinder eine staatliche Beihilfe in Höhe von 260 Rand (ca. 25 Euro) pro Kind und Monat.

Trotz dieser prinzipiell guten Noten für die südafrikanische Sozialpolitik bleibt das Faktum bestehen, daß das Ausmaß der Kinderarmut nicht nur inhuman ist, sondern auch einen Hemmschuh für die ökonomische Entwicklung des Landes darstellt. Wenn zwei von drei Kindern praktisch von der Entwicklung ausgeschlossen sind und Armut außerdem weitervererbt wird, so bedeutet das für die Gesellschaft nämlich auch einen unermesslichen Verlust an „Humankapital“ (ich wähle hier bewußt dieses Unwort). Ein weiterer Ausbau der sozialen Unterstützungen (inkl. Maßnahmen, daß sie auch von allen Betroffenen in Anspruch genommen werden können) ist zwar wünschenswert und würde das Problem sicher lindern. Eine wirklich dauerhafte Lösung ist aber nur durch eine Senkung der Arbeitslosenrate, eine Anhebung der niedrigen Einkommen sowie eine Reduzierung der extremen Ungleichheit in der Verteilung des Wohlstandes möglich. Finanzminister Pravin Gordhan drückte es so aus: „Wir müssen von der Wohlfahrt zu einer Situation übergehen, wo die meisten Menschen im arbeitsfähigen Alter für ihr Einkommen arbeiten.“ Zu ergänzen wäre noch: zu Löhnen, mit denen sie und ihre Familien ein menschenwürdiges Leben führen können.



Adalbert Krims ist Journalist in Wien. Er kommentiert für INDABA aktuelle entwicklungspolitische Trends.

Auf höchstem Niveau: Filmstandort Südafrika

Kitsch, as kitsch can: Immer mehr Schnulzenserien im deutschen und österreichischen Fernsehprogramm spielen im Südlichen Afrika und werden in Südafrika gedreht. Früher ein Geheimtip der internationalen Werbebranche, gilt das Land am Kap Filmemachern mittlerweile als attraktiver Drehort. Die neuen Studios in Kapstadt stoßen bei Regisseuren und Schauspielern auf Begeisterung. Von Mario Maurer (dpa).

Die Filmwelt schätzt Südafrika schon seit vielen Jahren. Unzählige deutsche Fernsehfilme wurde am Kap gedreht. Die wachsende Bedeutung des Drehorts Südafrika unterstreicht auch das jüngste Filmprojekt des ZDF. *Die Löwin* wird in diesen Wochen in der Nähe von Johannesburg gedreht – das Drama einer jungen Ärztin, die nach langen Jahren in der Bundesrepublik wieder in ihre Heimat Südafrika zurückkehrt.



Dreharbeiten in der Kapprovinz

Doch nicht nur wegen der Handlung wollte Produzent Oliver Berben den Film tatsächlich machen: *„In Südafrika hat sich eine irrsinnig gute Filminfrastruktur entwickelt, nicht nur in technischer, sondern auch in kreativer Hinsicht. Ob Kameraleute oder Kostümbildner, alle arbeiten hier auf höchstem Niveau“*, schwärmt er.

Als das neue Filmzentrum des Südlichen Afrika kristallisiert sich vor allem Kapstadt heraus. Weiße Strände, spektakuläre Landschaften und Gebirgsmassive wie der Tafelberg sowie eine facettenreiche, ungemein quirliche Stadt bieten attraktive Kulissen. Früher galt die „Mutterstadt“ als internationaler Geheimtip vor allem der Werbe- und Modebranche. Längst aber fühlen sich hier auch die Filmemacher aus aller Welt zu Hause.

Seit knapp einem Jahr finden sie in den neuen *Cape Town Film Studios* einen hochmodernen Studiokomplex, der sich mit US-amerikanischen und europäischen Standorten messen kann (über den Baubeginn 2004 schrieb IN-DABA 41/04). Das Unternehmen spricht vom „modernsten Produktionszentrum des Kontinents“.

Auch der britische Schauspieler Stephen Fry zeigt sich während der Dreharbeiten zu seinem neuen Film *The Borrowers* begeistert. *„Ich bin von den nagelneuen Cape Town Studios tief beeindruckt“*, twitterte Fry im Juli seinen Fans.

Südafrika funktioniert als Magnet der Filmbranche natürlich auch wegen der vergleichsweise geringen Produktionskosten und manchen staatlichen Subventionen. Davon profitieren auch die knapp 90 Produktionsfirmen in Kapstadt und Umgebung. *„Die staatlichen Unterstützungen sind phantastisch, vor allem während der Wirtschaftskrise konnten wir damit noch mehr Produktionen anlocken“*, betonte die Produktionschefin von *Film Afrika*, Vlokkie Gordon.

Subventionen verbilligen ausländischen Filmemachern die Produktionskosten, ohne daß die Qualität schlechter wäre als in Europa oder den USA. In Südafrika wäre es möglich, *„einen Film für weniger als 50 Millionen US-Dollar zu produzieren, der aber trotzdem nach 100 Millionen US-*

Dollar aussieht“, sagte der britische Produzent Andrew MacDonald dem US-Magazin *Time*.

Afrikas eigentliche Traumfabrik befindet sich zwar in Nigeria, das sich inzwischen den Namen „Nollywood“ verdient hat. In dem westafrikanischen Staat aber werden in erster Linie Billigfilme für den einheimischen Markt gedreht, die vor allem auf VHS oder DVD vertrieben werden. Denn in Afrika gibt es wenig Kinos, und für viele Menschen sind Eintrittskarten auch kaum bezahlbar. Nigerianische Filmemacher produzieren am Fließband: 2009 stellten sie einer UNESCO-Studie zufolge etwa doppelt so viele Filme fertig wie die Filmbranche der USA. Weltweit entstehen nur im indischen „Bollywood“ noch mehr Filme.

Südafrikas Filmwelt hat hingegen nicht den Kontinent, sondern die Märkte der reichen Staaten im Visier – im besten Fall als Konkurrenz zu Hollywood. Und die Ergebnisse können sich sehen lassen. In Südafrika produzierte Filme wie *Blood Diamond*, *Invictus* oder *District 9* wurden alle für den Oscar nominiert.

Südafrikas Filmindustrie boomt: Seit 2004 hat sich der Umsatz der Branche nach eigenen Angaben auf mehr als 550 Millionen Euro im Jahr 2009 verdoppelt. Für 2010 liegen die endgültigen Zahlen noch nicht vor, aber es werde mit einem weiteren Zuwachs gerechnet, so die Filmkommission von Gauteng.

Auch in Südafrika gibt es für Filmemacher Schattenseiten. Manche Produzenten beklagen eine undurchsichtige, zähe Bürokratie. Oft würden sich Drehgenehmigungen oder die Zusicherung staatlicher Zuschüsse verzögern. *„Letztendlich sind mit den staatlichen Unterstützungen auch Kosten verbunden. Denn die staatliche Bürokratie verträgt sich nicht immer mit der Kreativität und Spontaneität der Filmindustrie“*, schrieb der südafrikanische Filmexperte

Kevin Kriedemann im Online-Medienmagazin *Balancing Act*. Südafrika steht international durchaus in der Konkurrenz mit anderen aufstrebenden Filmländern wie Argentinien, Brasilien oder Thailand. Auch diese Länder locken mit niedrigen Kosten und staatlichen Subventionen.

Südafrikanische Filmemacher glauben allerdings, gut für die Zukunft gewappnet zu sein. Die Branche habe mit den vielen internationalen Produktionen der letzten Jahre reiche Erfahrungen sammeln können, die nun auch für rein südafrikanische Produktionen genutzt werden sollen. *„In der ganzen Filmbranche herrscht ein großer Wille, der Welt und uns selbst zu zeigen, daß wir mit den ganz Großen mithalten können“*, betonte Film-Dozent Jared Borkum von der *Cape Peninsula University of Technology* in Kapstadt.

Einmal konnte Südafrika schon einen Oscar erringen. 2006 gewann *Tsotsi*, ein daraufhin weltweit gezeigter Film über einen jugendlichen Kriminellen in einem Ghetto in Johannesburg, die begehrte Hollywood-Auszeichnung als bester ausländischer Film. Borkum ist sich sicher, daß das nicht der letzte Academy Award für einen südafrikanischen Film sein wird.



Tsotsi – Südafrikas oscargekrönter Film

Südafrikanischer Frühmensch womöglich unser direkter Vorfahre

Der südafrikanische *Australopithecus sediba* könnte laut einem Forscherteam mit Zürcher Beteiligung der direkte Urahn des Menschen sein. Laut den Wissenschaftlern ist ihr Fund in vielerlei Hinsicht menschenähnlicher als andere Kandidaten wie *Homo habilis*.

Die ersten Knochen dieses Typs waren im August 2008 in Malapa (Südafrika) entdeckt worden, und zwar vom damals neunjährigen Sohn des Paläoanthropologen Lee Berger von der Universität von Witwatersrand. Als erstes Team konnte danach das *Anthropologische Institut* der Universität Zürich unter der Leitung von Peter Schmid die Fundstelle bearbeiten. Bis heute kamen Knochen von mindestens fünf Individuen zum Vorschein, darunter von einem ein- bis zweijährigen Kind.

In fünf Publikationen in *Science* beschreiben die Forscher, weshalb der Fund für sie der bisher beste Kandidat ist für die direkte Ahnenschaft der Gattung *Homo*, zu der auch *Homo sapiens*, der moderne Mensch, gehört. Ein wichtiges Indiz dafür ist die spezialisierte Hand. Vermutlich stellte Sediba bereits Werkzeuge her und ging – zumindest teilweise – aufrecht auf zwei Beinen. Sediba aber sei mit Bestimmtheit noch kein tierjagender Dauerläufer der Savanne gewesen, sagte Schmid.

Solimans Hand

Angelo Soliman, der im 18. Jahrhundert als Sklave nach Sizilien kam, sich vom Dasein als „Hofmohr“ österreichischer Hocharistokraten emanzipierte, als Freimaurer die Aufklärung unterstützte und nach seinem Tod zur Zielscheibe rassistischer Herabwürdigung wurde, ist die aktuelle Ausstellung des Wien Museums gewidmet. Eine bisher unbekannte malerische Darstellung aus der italienischen Episode seines Lebens steht im Mittelpunkt des vorliegenden Beitrags, den Philipp Blom, Historiker, Wissenschaftspublizist und Kurator der Ausstellung, exklusiv für INDABA verfaßt hat.

Eine aristokratische Jagdgesellschaft in der Lombardei, ca. 1734. Die hohen Herren sind in ausgelassener Stimmung. Links vorne, einen imposanten roten Mantel wie eine Krönungsrobe über die Schulter geworfen, sitzt Gian Gastone de' Medici, der letzte seiner Dynastie. Ihm gegen-

ren um sie herum: ein gebackenes Huhn wird gebracht, Teller werden abgeräumt, die Hunde bekommen zu essen, dem Fürsten werden die schlammigen Stiefel geputzt.

Lobkowitz sieht all diesem Treiben zu, seine Linke ist erhoben, als würde er der versammelten Gesellschaft

gerade mit gewichtigen Gesten eine Geschichte erzählen – vielleicht eine Erinnerung an seine Militärzeit in Sizilien, wo er zwar von den Spaniern geschlagen wurde (er wurde oft geschlagen und schließlich in strategisch weniger wichtige Provinzen geschickt), von wo er aber seinen Mohrendiener mitgebracht hatte, den jungen Angelo Soliman, der auch auf dem Gemälde hinter seinem Arbeitgeber stehend dargestellt ist, ein hochgewachsener afrikanischer Bursche von damals etwa dreizehn oder vierzehn Jahren.



Peter Jakob Horemans Umkreis, Ein Jagdbankett des Fürsten Gian Gastone de' Medici mit Angelo Soliman (?), 1730-1750 © Wien Museum

über, hinter dem Tisch, sein Ehrengast Fürst Georg Christian von Lobkowitz, der damalige Gouverneur der Lombardei. Die Herren um sie herum unterhalten sich, trinken Wein, einer wärmt sich am Kaminfeuer. Die Diener schwir-

auch tatsächlich damals Gouverneur der Lombardei war und wenn sein Gesicht auch aussieht wie eine gealterte Version eines Portraits, das noch heute auf dem Familiensitz Schloß Melnik in Tschechien hängt.

Allerdings war Lobkowitz damals tatsächlich gerade aus Sizilien gekommen, wo er Angelo Soliman von einer Aristokratin „übernommen“ hatte. Solimans Biographin Caroline Pichler beschreibt die Kampagne des Fürsten mit eindrücklichen Worten: *„Fürst Lobkowitz, der... oft in's Haus der Marquise kam, fühlte... eine innige Neigung gegen den liebenswürdigen Knaben. Er bath die Marquise wiederhohlt, ihm den artigen Pagen zu Überlassen. Ihre Liebe zu Angelo stritt so lange mit ihrer Klugheit, die ihr rieth, sich den kaiserlichen General durch dieses Geschenk zu verbinden. Der Fürst ließ nicht nach, in sie zu dringen; und sie wich endlich den Rücksichten, die sei für den Fürsten haben mußte.“*

Soliman wich Lobkowitz nicht von der Seite, und es ist daher plausibel anzunehmen, daß hier tatsächlich der Gouverneur und sein Page zu Gast beim Fürsten sind. Woher aber kommt es, daß Soliman, damals noch ein Halbwüchsiger, der erst einige Jahre zuvor als Sklave aus Afrika nach Europa verschleppt worden war, der heimliche Mittelpunkt des Gemäldes ist?

Die ganze Bildkomposition ist ausgerichtet auf den jungen Mann, der ganz ruhig dasteht, die rechte Hand in die Hüfte gelegt. Die grauen, grünlichen und braunen Farben der Jäger stehen in Kontrast zu blauen und roten Kleidern. Nur Soliman trägt keine schlichte Jagdkleidung, sondern ein elegantes Hofkostüm, das im Gegensatz zu allen anderen sowohl rot als auch blau und mit silbernen Schnüren verziert ist. An seinem Ohr glänzt ein goldener Ohrring.

Etwas links von der Bildmitte stehend ist Soliman doch die überragende Figur. Sein Kopf ist höher als alle anderen, er sieht ruhig auf die Herren am Tisch hinab. Während die anderen Diener geschäftig herumrennen, rührt er keinen Finger. Mehr noch: Er hat seine linke Hand auf die Rückenlehne des Sessels von Lobkowitz gelegt, ganz entspannt. Es ist fast, als läge sie dem Fürsten vertraulich auf der Schulter.

Solimans Hand beschreibt eine Geste von selbstbewußter Vertrautheit, die vielleicht einzigartig ist in den Darstellungen von Afrikanern in Europa. Kein Diener würde sich so eine Freiheit herausnehmen, schon gar keiner, der noch vor kurzem ein Sklave war, kein Schwarzer. Und wenn er es dennoch wagen sollte, so würde kein Maler, der im Auftrag hoher Herren ein Erinnerungsbild schuf, gerade dieses Detail nicht nur festhalten, sondern fast exakt in der Bildmitte ansiedeln. Dieses Detail ist eine Botschaft.

Normalerweise sind es bei bildlichen Darstellungen die Afrikaner oder Afrikanerinnen, die tiefer stehen als die

EIN AFRIKANER IN WIEN

Wien Museum Karlsplatz, 1040 Wien

29. September 2011 bis 29. Jänner 2012

Dienstag bis Sonntag und Feiertag, 10 bis 18 Uhr

Soliman ist der erste nichteuropäische Zuwanderer in Wien, dessen Leben ausreichend dokumentiert ist, um ihn als Person zu erschließen. Doch die Grenze zwischen Fakten und anekdotischer Überlieferung sind fließend. Soliman bleibt Projektionsfläche, je nach Perspektive der Betrachtung: Er ist Kuriosum und erfolgreicher Migrant, ewiger Sklave und bürgerlicher Aufsteiger, Vorbild und Opfer. In seiner Biographie sind Emanzipation und Zwangsassimilierung eng miteinander verwoben.

Neben der Biographie Angelo Solimans und deren historischem Umfeld behandelt die Ausstellung auch die Rezeptionsgeschichte: Idyllische Einordnungen ins alte Wien finden sich ebenso wie phantasievolle Variationen und antirassistische Kritik der Legendenbildung um den prominenten Afro-Österreicher.

Der letzte Abschnitt der Ausstellung nimmt direkten Bezug auf die Gegenwart. Etwa 22.000 Afrikaner leben gegenwärtig in Wien, viele davon sind täglich mit Rassismus konfrontiert. Mit einigen von ihnen hat Gastkurator Blom Interviews über ihren Alltag gemacht: *„Die negativen Klischees sind erstaunlich stabil geblieben, aber die positive Wahrnehmung von Afrikanern ist durch das intellektuelle Erbe von Kolonialismus und Rassismus fast völlig zerstört.“*

Bezug zur Gegenwart nimmt auch das ambitionierte Rahmenprogramm. So gibt es eine Diskussion zur „Operation Spring“, moderiert vom Falter-Journalisten Florian Klenk, eine Präsentation zum Bild von AfrikanerInnen in den Medien (gestaltet von Simon Inou und Clara Akinyosoye), Wolfgang Kos spricht an einem Abend mit Mamadou Diabaté, Beatrice Achaleke und Chibo Onyeji über „Wege nach Wien“. Zu erwähnen ist weiters eine Lesung von Cornelius Obonya mit ausgewählten Texten über Soliman aus 200 Jahren (von Caroline Pichler bis Ilija Trojanow).

Näheres dazu unter www.wienmuseum.at.

europäische Herrschaft, die aus einer Geste der Ergebung aufsehen zu den Mächtigen, die eine Gabe darreichen, die im Staub liegen oder auf Knien sind, einem Adligen das Pferd halten oder in kindlicher Dankbarkeit Tribut zollen. Soliman aber steht einfach da, über die ganze Gesellschaft erhaben. Er weiß, daß niemand von ihm erwartet, niedere Arbeiten zu verrichten.

Wie ist Solimans Geste zu interpretieren? Warum wählte der Maler dieses Motiv? Diese Frage ist neu in den Debatten um Soliman. (Das Bild wurde 2010 auf einer Auktion des Dorotheum angeboten und vom Wien



Museum für die gegenwärtige Soliman-Ausstellung erworben.) Wie so oft im Falle Soliman gibt es wenige greifbare Fakten und viel Raum für Spekulationen. Bis heute sind die zwei Jahrzehnte, die Soliman bei Lobkowitz verbrachte und die er großteils als Soldat durchlebte, nicht dokumentarisch erschlossen – die einzige, in diesem Fall aber absolut plausible Quelle für seinen Verbleib und seine Erfahrungen ist die Kurzbiographie, die Caroline Pichler 1807 verfaßte, elf Jahre nach Solimans

Tod und fast mit Sicherheit gestützt auf Berichte und Erinnerungen von Personen, die den Verstorbenen persönlich gekannt hatten.

Ausgehend von der Annahme, daß die beiden Figuren im Mittelpunkt der Jagdgesellschaft tatsächlich Lobkowitz und Soliman sind, deutet die inszenierte Vertrautheit zwischen Fürsten und Diener darauf hin, daß eine enge Beziehung zwischen den beiden bestand, so eng, daß sie besonders hervorgehoben wurde. War der Gouverneur mehr als nur ein väterlicher Freund für den „liebenswürdigen Knaben“, zu dem er eine „innige Neigung“ verspürt hatte, wie Caroline Pichler mit ihrer biedermeierlichen Diskretion schrieb? Die Möglichkeit besteht, bleibt aber unbeweisbar, wie so vieles andere in Solimans Leben.

Wie auch immer die Beziehung zwischen Lobkowitz und seinem jungen Diener beschaffen war, so war sich Soliman augenscheinlich schon früh seiner privilegierten Stellung bewußt und profitierte davon. Anders als andere Schwarze lebte er im Umkreis eines Fürsten relativ sicher und komfortabel (wenn er Lobkowitz auch einmal auf dem Schlachtfeld das Leben gerettet haben soll und als mutiger Soldat gelobt wurde), er erhielt Unterricht, war versiert in mehreren Sprachen sowie in soldatischen Zeitvertreiben wie dem Karten- und Glücksspiel, was ihm später, in der Wiener Gesellschaft, sehr zustatten kam.

Solimans Geste bleibt rätselhaft. Sie fordert eine Interpretation heraus, entzieht sich aber jeder eindeutigen Entschlüsselung. In der prominenten und erstaunlichen Darstellung des Halbwüchsigen liegt aber vielleicht ein Schlüssel zum Verständnis seiner frühen, weitgehend unbekanntem Jahre.

... bücher ...

Dominic Johnson, **Afrika vor dem großen Sprung** (Berlin, Klaus Wagenbach, 2011). 106 S.

„*Afrika befindet sich mitten in einer gefährlichen Übergangszeit, die die Legitimität aller politischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge auf eine harte Probe stellt. Manche Länder können daran zerbrechen, andere sind es bereits. Andere werden zu einer neuen, anderen Ordnung finden. Die Zukunft ist offen*“, lautet das ambivalente Fazit des Afrika-Redakteurs der Berliner *Tageszeitung*, Dominic Johnson.

Eingeleitet wurde diese Übergangszeit nach Johnson mit der Unabhängigkeit des Kontinents von den europäischen Kolonialherren. Dabei hat der Autor nicht vordergründig die politische Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten im Zuge der Dekolonisation seit den 1960er Jahren im Blickfeld, sondern „Afrikas zweite Unabhängigkeit“. Diese datiert Johnson auf den 11. April 1979, den Tag, an dem der ugandische Diktator Idi Amin Dada von den Truppen des tanzanischen Präsidenten gemeinsam mit Truppen des ugandischen Exilanten Museveni gestürzt wurde. Mit dieser Intervention läutete Nyerere eine neue Ära in der afrikanischen Politik ein, denn es war der erste afrikanische Eingriff gegen ein afrikanisches diktatorisches Regime. Als „zweite entscheidende Gründungsstunde des neuen Afrika“ sieht Johnson zwei Ereignisse im Jahr 1994: In Südafrika wurde mit dem ANC das Ende des Apartheidregimes eingeleitet, und in Rwanda erfolgte die Überwindung des Genozids. Diese Ereignisse, die als Befreiungsschläge von den Befreiern zu

verstehen sind, haben nach Johnson gezeigt, dass Afrika seine Probleme selbst zu lösen gewillt und dazu auch fähig ist.

Südafrika, das „Tor zum Kontinent“, dient Johnson dabei neben seinem politischen Erfolg als ein Beispiel einer erfolgreichen Volkswirtschaft: Seit 2005 ist das Land ein Nettokapital-exporteur in den Rest Afrikas – laut UN stammen 70 Prozent aller innerafrikanischen Kapitalflüsse aus Afrika selbst –, auch verdoppelten sich trotz der globalen Finanzkrise die Kapitalzuflüsse aus dem Ausland im Gesamtjahr 2008 gegenüber 2007, was Afrika zu einem Zuwachs von über 16 Prozent verhalf. Dennoch verweist Johnson auch auf die Schwierigkeiten zahlreicher afrikanischer Länder die zentralen Grundbedürfnisse der Bevölkerung – Energie, Wasser, Bildung und Gesundheit – zu garantieren. Trotz der Unabhängigkeitsprozesse Afrikas gesteht Johnson auch, daß weiterhin Abhängigkeiten der afrikanischen Staaten von ihren ehemaligen Kolonialherren bestehen – Dependenztheorien lehnt er jedoch ab. Er sieht in den Abhängigkeiten eine „Verflechtung“, die als Folge der rapiden Urbanisierung und der Formierung einer selbstbewußten, handlungsfähigen, afrikanischen Mittelschicht zu verstehen ist, in deren Verlauf Afrika zum „Akteur der Globalisierung“ wird. Diese Darstellung ist sehr kritisch zu betrachten, denn wie Johnson zugibt, herrscht auch in Dependenztheorien „ein Fünkchen Wahrheit“.

Daneben versucht Johnson mit der Vorbildfunktion der erfolgreich industrialisierten asiatischen Staaten zu argumentieren, die gezeigt hätten, daß es möglich sei, ohne Anleitung des Westens den Sprung zur Industriena­tion zu schaffen. Die Unabhängigkeit Asiens vom Westen ist durchaus lobenswert, aber ob der Weg Asiens als

Vorbild wünschenswert ist, bleibt fraglich. Johnson weist selbst darauf hin, daß China den Weg aus der Massenarmut noch nicht geschafft hat, und daß als Parole hinter den Industrialisierungsprozessen Asiens „erst kommt das Fressen, dann die Moral“ genannt werden kann, was ebenso fragwürdig erscheint.

Des weiteren zeigt gerade das Beispiel Asien, respektive China, daß Afrika zwar seine Abhängigkeit vom Westen sukzessiv lösen kann, gleichzeitig jedoch immer mehr in die Abhängigkeit zu Asien/China gerät – als Stichwort sei *land grabbing* genannt –, eine Tatsache, die von Johnson jedoch ignoriert wird.

Wie eingangs erwähnt, bleibt die Zukunft Afrikas offen. Trotz seines ambivalenten Resümeees macht Johnson Hoffnung darauf, daß Thabo Mbekis Worte sich bewahrheiten: „*Afrika steigt aus der Asche empor. Was auch immer die momentanen Rückschläge sein mögen: Wir lassen uns nicht aufhalten. Was auch immer die Schwierigkeiten: Afrika wird in Frieden leben. Wie unwahrscheinlich es auch klingen mag: Afrika wird es gut gehen.*“

Margot Pechtigam

Margit Berner / Anette Hoffmann / Britta Lange, **Sensible Sammlungen. Anthropologische Objekte im Depot** (Hamburg, Philo Fine Arts, 2011). 278 Seiten.

Hätten sie ursprünglich zur kompromißlosen Restitution aller kolonialen Sammlungen in europäischen Museen geneigt, erzählten Margit Berner und Britta Lange bei der Präsentation ihres Buches im Museum für Völkerkunde in Wien, so hätte sich diese Einstellung im Verlauf ihrer Forschung doch stark verändert. Angesichts der Komplexität des Themas und der vie-

len Sonderfälle stünde für sie nun die Recherche über das Zustandekommen dieser Sammlungen im Vordergrund. „*Ein ‚richtiger‘ Umgang mit solchen Objekten läßt sich dabei vielleicht nicht finden. Für eine Auseinandersetzung darüber aber sind ihre Geschichten unverzichtbar.*“



Pösch, Assistent und Kriegsgefangener im 1. Weltkrieg

„Sensible Objekte“ in musealen Sammlungen werden seit den achtziger Jahren als „*menschliche Überreste*“ und „*Gegenstände von religiöser Bedeutung*“ definiert. Dabei sind nicht nur die Gegenstände selbst „sensibel“, sondern auch und vor allem die Umstände ihrer Herstellung und Beschaffung. Im 19. und frühen 20. Jahrhundert reisten europäische Forscher in die kolonialisierten Teile der Welt. Sie sammelten *Anthropologica* – Knochen, Haarproben und Präparate – und *Ethnographica* – Gegenstände aus der materiellen Kultur – von Angehörigen der dort lebenden sogenannten „aussterbenden Völker“ und brachten sie in wissenschaftliche Sammlungen und Museen in Europa. Unter ähnlichen ethnographischen Fragestellungen richtete sich der Blick auch auf in Europa lebende Bevölkerungsgruppen. Bei ihren Forschungen innerhalb

und außerhalb Europas produzierten Wissenschaftler und Sammler Meßdaten, Körperbeschreibungen, Zeichnungen, Fotografien, Gipsabgüsse, Filme und Tonaufnahmen von lebenden Menschen. Diese Zeugnisse wurden mit Hilfe handwerklicher und technischer Verfahren von ihren Körpern abgenommen. Sie entstanden oftmals in prekären Situationen wie in Gefängnissen, Polizeistationen oder militärischen Einrichtungen und sind von kolonialen Herrschaftsstrukturen und der Definitivität von Wissenschaftlern und Behörden geprägt.

In diesem Buch wird die Geschichte solcher Bestände anhand einer Reihe von Beispielen erzählt. Mit Gipsabdrücken und Tondokumenten geraten vor allem bisher weniger untersuchte Objekte in den Blick. So untersucht Margit Berner frühe museale Präsentationen der physischen Anthropologie am Beispiel der sog. Abguß-Sammlung des Naturhistorischen Museums in Wien. Anette Hoffmann widmet sich der Produktion von Abformungen in der Polizeistation von Keetmanshoop (Namibia) im August 1931 durch Hans Lichtenecker (INDABA 70/11). Britta Lange analysiert Tonaufnahmen in deutschen (und österreichischen) Gefangenenlagern des Ersten Weltkriegs, bei denen auch Rudolf Pöch eine zweifelhafte Rolle spielte.

Das handliche, sensibel illustrierte Büchlein ist ein ausgezeichnetes Einstieg in dieses schwierige Thema und bietet nicht nur eine Fülle weitgehend neuer Informationen, sondern regt zur weiteren Auseinandersetzung mit „sensiblen Sammlungen“ an. Wenn man so will, stellt es einen wissenschaftsgeschichtlichen Kontext her zu unserer Repatriierungsforderung bestimmter Teile der Sammlung Pöch.

Walter Sauer

Fall Pöch, Heinz Fischer und Jacob Zuma

Nun endlich geht etwas weiter: Eineinhalb Jahre lang hatte südafrikanischerseits ein wenig diplomatisches Schweigen gegenüber dem österreichischen Angebot geherrscht, die menschlichen Überreste zweier namentlich bekannter Landarbeiter/innen, die der Anthropologe Rudolf Pöch um 1910 illegal aus südafrikanischen Gräbern gestohlen hatte, zu repatriieren. Ein Schreiben des südafrikanischen Kulturministers Paul Mashatile an den österreichischen Botschafter in Pretoria vom Juli 2011 ist nun die erste offizielle Reaktion. Der Minister „begrüßt“ die Diskussion und möchte sie „auf eine politische Ebene“ heben (als ob sie zuvor nicht politisch gewesen wäre). Vorgeschlagen wird ein vermutlich langwieriger Verhandlungsprozeß, in dem gemeinsam mit Australien (?) generell über die Repatriierung von Leichnamresten und kulturellen Objekten gesprochen werden soll. Außerdem wird eine „Partnerschaft“ in Bezug auf museale und andere Formen des Umgangs mit der Vergangenheit angeregt. Was grundsätzlich ja sinnvoll erscheint.

Egal, was nun den Gesinnungswechsel auf südafrikanischer Seite bewirkt hat – die Bemühungen der südafrikanischen Botschaft in Österreich, versprochene Interventionen der Provinzregierung von Northern Cape in Pretoria, der Besuch zweier hochrangiger Beamter im Kunsthistorischen Museum am 23. Juni, dem Fronleichnamstag (?!), oder ganz allgemein die bevorstehende gesetzliche Anerkennung der Volksgruppe der Khoi-San durch das Parlament von Südafrika: Nun endlich geht etwas weiter.

Zum besseren Verständnis: 2007 hatte ich im INDABA erstmals auf die „rassenkundlichen“ Forschungen Rudolf Pöch im Südlichen Afrika hingewiesen und den renommierten österreichischen Anthropologen der Grabräuberei beschuldigt. Pöch (1870-1921) war einer der berühmtesten Anthropologen und Mitglieder der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gewesen. Seine Forschungsexpeditionen ins Südliche Afrika Anfang des 20. Jahrhunderts konzentrierten sich auf die sogenannten Buschmänner (San), von denen er zahlreiche Leichen und Leichnamreste (Schädel und Knochen) nach Österreich verschifft – illegal nach damaligem südafrikanischen Recht.

Anfang 2009 appellierte SADOCC an den damaligen Wissenschaftsminister Johannes Hahn, die Repatriierung jener Leichenreste, von denen Namen und



Beamte des südafrikanischen Department of Arts and Culture bei der Besichtigung der Särge im Naturhistorischen Museum, 23. Juni 2011

persönliche Details bekannt waren, in die Wege zu leiten. Gleichzeitig wurde Südafrika vorgeschlagen, ein würdiges Begräbnis unter Teilnahme der lokalen San-Gemeinschaften in die Wege zu leiten. Im Herbst 2009 erklärte das Außenministerium gegenüber Südafrika die Bereitschaft der Republik, die von Pöch geschändeten Leichen(reste) zurückzuerstatten. Und seither – bis zum Juli 2011 – herrschte Schweigen.

Ob die beiden Särge, die sich derzeit in Verwahrung der Akademie der Wissenschaften bzw. des Naturhistorischen Museums befinden, wie eigentlich geplant von Österreichs Bundespräsidenten Heinz Fischer Anfang November an seinen Amtskollegen Jacob Zuma übergeben werden können, steht infolge der Verzögerung auf südafrikanischer Seite in den Sternen.

Wünschenswert wäre dies freilich ohnehin nur dann, wenn im Northern Cape die Vorbereitungen für eine würdige Wiederbestattung der Überreste des betreffenden San-Ehepaars getroffen wären, inklusive der Beteiligung allfälliger Nachkommen und der Entwicklung einer lokalen Gedenkkultur. Gerade das zeichnet sich aber noch nicht ab – und der zur Verfügung stehende Zeitrahmen ist knapp.

Vor diesem Hintergrund mehrten sich die Stimmen, die für ein würdiges Begräbnis des Ehepaars nicht in Südafrika, sondern in Österreich eintreten. Österreich würde sich damit einer Altlast der Ersten Republik – Hehlerei gestohlenen Diebsguts – entledigen. Und Südafrika sollte die Wiedergutmachung einer rassistischen Aktion der Kolonialzeit als einen Beitrag zur Erreichung einer nicht-rassistischen Weltordnung betrachten – egal, ob sie nun in Wien oder in Kuruman erfolgt.

Walter Sauer

I. SADOCC-Symposium

Johannesburg

Stadtentwicklung im Spannungsfeld sozialer Bedürfnisse und innovativer Ideen

Wien, 18. und 19. November 2011

DEPOT, Wien 7., Breite Gasse 3

Gemeinsam mit der *Elfriede Pekny-Gesellschaft zur Förderung von Southern African Studies in Österreich* veranstaltet SADOCC zum ersten Mal ein wissenschaftliches Symposium. Junge österreichische Architektinnen und Architekten, die in Johannesburg geplant und gebaut haben, berichten über ihre Ansätze und Erfahrungen. Den Kontext der urbanistischen Entwicklung Johannesburgs seit dem Ende der Apartheid analysiert der südafrikanische Raumplaner Phil Harrison.

Freitag, 18. November 2011

18.00 *Eröffnung*
Botschafter Xolisa Mfundiso Mabhongo
Gemeinderat Christoph Chorherr (angefragt)

Vortrag mit Diskussion
Phil Harrison, South African Research Chair in Development Planning and Modeling at the University of the Witwatersrand
Urban transformation in the city of Johannesburg
(in engl. Sprache)

Samstag, 19. November 2011

9.30-13.00 *Architektonische Impulse aus Österreich im Kontext der urbanistischen Entwicklung von Johannesburg*

Präsentationen von

- Anna Lindner und Katharina Zerlauth
- Peter Fattinger
- Peter Nigst
- Jutta Leithner
- Elias Rubin

Kommentare: Phil Harrison

14.00-17.00 *Österreichische Künstler/innen in Johannesburg: Präsentationen und Diskussion*

- Walter Stach
- Marietta Kesting

... personalia ...

Wir trauern:

- um die Afrikawissenschaftlerin und Tanzania-Spezialistin **Irmtraut Maral-Hanak**, verstorben am 27. August 2011 nach langer Krankheit. Irmi hatte sich durch zahlreiche Publikationen (darunter zwei Monographien) zu sozialwissenschaftlichen und linguistischen Themen über Ostafrika in der wissenschaftlichen Gemeinde einen anerkannten Platz geschaffen. Den Mitarbeiter/innen und Studierenden der Institute für Afrikawissenschaften und für Internationale Entwicklung war sie stets eine hilfreiche und kompetente Kollegin und Lehrerin.

- um den Kulturwissenschaftler, Kunstpädagogen und linksgrünen politischen Aktivist **Dieter Schrage**, bis zuletzt unermüdlich in zahlreichen Projekten engagiert, unerwartet verstorben am 29. Juni 2011 in Wien im 76. Lebensjahr. Dieter war seinerzeit auch Beiratsmitglied der Anti-Apartheid-Bewegung in Österreich gewesen. 1994 erhielt er den Preis der Stadt Wien für Volksbildung.

- um den früheren Leitenden Sekretär des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und langjährigen Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen, **Alfred Ströer**, verstorben am 20. August 2011 im 91. Lebensjahr. Alfred – bis zuletzt Abonnent und Leser von INDABA – war maßgeblich daran beteiligt, daß der Kampf gegen die Apartheid auch seitens der Bruno Kreisky-Stiftung immer wieder gewürdigt wurde, u. a. im Jahr 1991 durch Zuerkennung des Kreisky-Menschenrechtspreises an die damalige Anti-Apartheid-Bewegung.

Hamba Kahle, Irmi, Dieter und Alfred!

Forum Südliches Afrika

Donnerstag, 20. Oktober 2011, 19.00 Uhr

Heike I. Schmidt

Beseelte Berge

Spirituelle Landschaft im östlichen Zimbabwe

Ländliche Identitäten und Machtverhältnisse im östlichen Zimbabwe verändern sich im Spannungsfeld zwischen der Welt der Lebenden und jener der Toten. Für ihr Selbstverständnis suchen viele Landbewohner/innen Antworten auf die Fragen, wer sie sind, wer sie sein können, und wie Erfahrungen und Geschehnisse der Vergangenheit zu deuten seien, im Bereich des Spirituellen. Für afrikanisch-initiierte Kirchen sowie in vorchristlichen Kosmologien manifestiert sich das Spirituelle insbesondere in der Deutung von Landschaften – in Bergen, Wäldern, und Teichen, die von Geistern bewohnt werden. Auf der Grundlage von mehrjähriger Feldforschung in Zimbabwe zeigt der Vortrag anhand von drei Geschichten aus dem Honde Valley, daß solche Landschaften, „beseelte“ Identitätsräume darstellen, die den Marginalisierten der Gesellschaft die Möglichkeit eröffnen, lokale Herrschaftsverhältnisse in Frage zu stellen.

Heike I. Schmidt ist international renommierte Afrikahistorikerin, derzeit Gastprofessorin am Institut für Afrikawissenschaften der Universität Wien.

Samstag, 22. Oktober 2011, ab 15.00 Uhr

SADOCC-Flohmarkt

Wie immer eine Möglichkeit zum Gedankenaustausch und Leute-Kennenlernen. Klassische und amerikanische Versteigerung mit Peter Hemmelmayr ab 17 Uhr. Diesmal mit exquisiten südafrikanischen Ethnographica, namibischen Köcherbäumen, vielen Büchern zum Südlichen Afrika (und darüber hinaus) sowie mit dem absolut letzten Exemplar des „Afrikanischen Wien“ (Gebote dafür können per E-Mail an office@sadocc.at gerichtet werden). Der Reinertrag kommt teils SADOCC, teils der Österreichischen Namibia-Gesellschaft zugute.

Ort: SADOCC-Bibliothek, 1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1

Einladungen zu weiteren Veranstaltungen im Rahmen des Forums Südliches Afrika erhalten SADOCC-Mitglieder laufend zugesendet.

**Österreichische
Namibia-Gesellschaft**

bemüht sich im Rahmen von
SADOCC um österreichische
Solidarität mit dem 1990
unabhängig gewordenen Namibia.

Aktuell:
**Fundraising für
Hausangestelltenprojekt in
Windhoek**
(Spenden erbeten auf Konto PSK,
BLZ 60000, Nr. 92.000.111)
**Unterstützung für San-Schule
nahe Tsumeb**
Informationsveranstaltungen

Interessierte sind zur Mitarbeit
herzlich eingeladen.

Weitere Infos:
Tel.: (01) 505 44 84 oder
E-Mail: namibia@sadocc.at

SADOCC

Das Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika in Wien setzt sich für eine solidarische Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik gegenüber den Ländern des Südlichen Afrika ein.

SADOCC:

- Dokumentation und Bibliothek in
A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1
(Öffnungszeiten: Dienstag 13.30-17.30)
Tel. 01/505 44 84
Fax 01/505 44 84-7
URL: <http://www.sadocc.at>
- das quartalsweise erscheinende
Magazin INDABA
- monatliche Veranstaltungen
„Forum Südliches Afrika“
- Stadtpaziergänge „Afrikanisches Wien“
- Projekt „Women in Need“ in Kapstadt

Interessierte Einzelpersonen und Institutionen können SADOCC durch ihren Beitritt als unterstützende Mitglieder fördern. In der Mitgliedsgebühr von jährlich EUR 22,- (für Institutionen EUR 40,-) sind sämtliche Aussendungen und Einladungen enthalten. Das Abonnement von INDABA kostet EUR 13,-.

Abo- oder Mitgliedsbeitrags-Einzahlungen auf unser Konto bei der BA-CA, BLZ 20151, Konto 610 512 006; Spenden erbeten auf Konto: Postsparkasse, BLZ 60000, Kto-Nr. 93.009.960.

ACHTUNG - geänderte Postadresse: Wir haben unser Postfach aufgelassen – postalische Zusendungen bitte nur mehr an A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1!

„Women in Need“

kümmert sich um obdachlose Frauen und Kinder in Kapstadt. Die Südafrika-Aktivist/inn/engruppe von SADOCC unterstützt dieses wichtige Sozialprojekt. Persönliche Mitarbeit und Spenden auf das Konto

Kto. Nr. 7.009.200 bei der PSK, BLZ 60000, lautend auf SADOCC, Kennwort WIN,

sind willkommen! Weitere Informationen: Tel./Fax 01/505 44 84; E-Mail: magdalena.waygand@sadocc.at.

Österreichische Post AG
Info.Mail Entgelt bezahlt

Verlagsadresse:
A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1

Retouren an A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1



Inserat Gewerkschaft der Privatangestellten